

# Dresdner Volkszeitung

Buchdruckerei: Leipzig.  
Geben & Comp., Nr. 20818.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Buchdruckerei:  
Gebr. Henckel, Dresden

Bezugspreis einschließlich Bezugskosten monatlich 6.00 M., durch die Post  
monatlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich  
8.50 M. Einzelnummer 30 Pf.  
Gesammelte Adressen: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde zur Wohnung von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Weckzeitigkeit: von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 9 geplante Komparatezeitung 2.00 M., Familienanzeigen  
1.50 M., die 9 geplante Kellamezeitung 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe  
Abmildigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zu  
Aufnahme am vorgegebenen Tag. Für Briefnachtragung 30 Pf.

Nr. 236

Dresden, Montag den 11. Oktober 1920

31. Jahrg.

## Parteitag und Frauenkonferenz

Hg. Rassel, 10. Oktober.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, am Sonntag nachmittag begann, ist von etwa 400 Delegierten besetzt, denen sich etwa 100 Mitglieder der Reichstagsfraktion und des Stadtrates anschließen. Die Verhandlungen finden in der prächtigen Stadthalle statt. Auf dem Bühnenspielwagen stehen ebenso wie an der Haupteingang zur Stadthalle große Fahnen. Als Gäste sind eingeladen: Stauning, Ropenhagen, Engberg, Stockholm. Unter den Hauptverhandlungen finden Sitzungen des preußischen Abgeordneten statt, ebenso lagen im Zusammenhang mit der Agrarfrage sozialdemokratische Landwirte.

Oberbürgermeister Scheidemann

begleitete die Eröffnungsrede und berief sie auf die Bedeutung Rassels für die sozialistische Entwicklung, und führte dann aus:

„Ich darf uns begreiflich zu danken, wie froh wir alle sind, Sie hier bei uns begrüßen zu dürfen und wie wir aus ganzem Herzen Ihre Arbeit freuen, wünschen. Es mischt sich kein Bitter und Überzeugung; denn wir sind eins, wie wir es nie zuvor gewesen sind. Unsreheute Schicksale haben uns zu einer Kampfgemeinschaft zusammengebracht, härter, geschlossen, als sie jemals ist. Wir haben gemeinsam gelitten, gemeinsam durch eine Flut von Hass und Verleumdung gefahren, und wir waren unterwegs hundertmal zusammengebrochen, hätten und nicht einen Hochschluss, der gemeinsame Glaube an das Recht unserer Seele, das gemeinsame Vertrauen auf unser arbeitendes Volk.“

Stetiges Vertrauen ist nicht getäuscht worden. Unser durch den Krieg gekommenen Seelen haben sich durch den Zustrom neuer Kämpfer wieder gefestigt; wir sind und bleiben

die starke Partei des Landes,

die Millionenpartei, der das Schicksal der arbeitenden Massen ansetzt. Und das erfüllt uns mit tiefer Zufriedenheit, denn wir erfreuen in dem organisierten Wiederaufbau unserer Partei ein Leben für die sozialistische Lebenskraft unseres Volkes, das in einer Arbeit für den demokratischen und sozialistischen Fortschritt der arbeitenden Menschheit seinen Platz unter den Völkern der Welt wieder eingenommen wird.

Ein furchtbare Krieg und ein unerträglich harter Frieden haben uns in eine Blüte hinausgetragen, und niemand vermag zu sagen, wieviel Schicksale der Weg zählt, der uns in ein besseres Land führt. Nicht ist uns geheimer als Illusionen, nichts ist uns noch wichtiger als nächster Wirklichkeitsein. Die Geschichte wird es des Verdienst unserer Partei anerkennen, daß sie in stürmischer Zeit, in der die Weltdeutschen aufs Weisse aufgespielt sind, den Kampf übernommen hat gegen die nationalistische Verbündung, aber auch gegen den Gewahn der Feindseligkeiten, die durch eine gewaltsame Bewegung des Reichstags der Welt die beiden, die dieser Krieg schaffen hat, mit einem Schlag beenden zu wollen.

Was unser arbeitendes Volk ertragen und belbet, ist unermesslich. In dem Verständnis darüber lassen wir uns von niemand überreden, da wir doch Fleisch von seinem Fleisch und Blut von seinem Blut sind. Wir lassen uns auch von niemand überreden in der

Gemeinschaft gegen das kapitalistische System,

daß die letzte Ursache dieser Seelen ist. Wir unterscheiden uns von niemand nur dadurch, daß wir diesen besser kennen als sie und uns über die Schwierigkeit und die Dauer des Kampfes gegen ihre Schuldslösungen hingestellt.

Wir liegen heute mehr denn je nicht nur gegen das deutsche, sondern gegen das internationale Kapital, von dessen Händen der Krieg vom Versailler durchdrungen ist. Und wir liegen nicht gewollt, daß vor uns, durch eine Arbeitspolitik, die politisch demokratisch und sozialistisch ist, der Welt ein Beispiel dafür gegeben wird, welcher physischen und moralischen Leidungen ein Volk, das ist im Unglück gefallen ist, w's das unter, noch ählig ist durch die Verwendung unserer Methoden. Wir kämpfen auf diese Weise um die Demokratie und die Unterstützung der arbeitenden Völker der ganzen Welt. Da diesem Kampf bietet und unter gegenseitige Stellung unschätzliche der Regierungskoalition eine Erleichterung.

Ich will den Debatoren, die Sie hier gewiss über diese Angelegenheiten führen werden, nicht vorspielen — aber so viel glaube ich im Einverständnis mit Ihnen allen sagen zu können, daß unser Ziel nicht das Verhindern in der Opposition ist, sondern die Verwirklichung eines stärkeren Einflusses auf den Staat, eines stärkeren Einflusses auf den, den wir in der vergangenen Regierungskoalition ausübten konnten. Dazu können wir und nun vorbereiten und die Macht an den Menschen; denn nur wenn die Massen uns sagen, können wir wirklichen Einfluß üben. Diese

Aufführungskunst

zu fordern, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Parteitags.

Wenn wir darin übereinstimmen, so ist damit nicht gesagt, daß wir in allen Dingen einer Meinung sind. Aber das erwarten wir und dessen sind wir gewillt, daß unter Meinungsaustausch und -weitergabe sein wird von dem unterschiedlichen Geiste der Einigkeit. Welche Rolgen es hat, wenn die Einigkeit geglückt, das haben wir in den letzten Jahren schaudhaft erlebt, und die Folgen werden uns noch länglich durch die Vorgänge in einem andern, von uns sozialistischen Teil der Arbeiterbewegung vor Augen gesetzt.

Wie lange die Arbeiter Deutschlands und der ganzen Welt, wo keine Sozialdemokratie zu finden ist, dort, wo man sich gegen festsetzt, leicht hat, bis nichts übrig bleibt, als ein brennender Zorn zu verbrennen, oder hier, wo man sich jetzt der Wohnung unseres Mannes bewußt gehalten ist, daß Proletariat darin sich nie durch einen Kampf siegen lassen kann, die wir die Einigkeit überzeugt haben und immer die Einigkeit.

Wir an Sie den arbeitenden Volke, daß ihm im allgemeinen Interesse noch eine Polizei geblieben ist, das noch eine Partei verdeckt ist, die sich von nichts anderem leiten läßt, als dem Geschick ihres Wolfes, daß der Wolf der Proletarientum, der Kammerherr, ohne fern aller sozialistischen Wollen nur ein Schreck bleibt, und auszuhorben ist. Als die Vertreter der Hoffnung des deutschen Proletariats, als Teilnehmer einer besseren Zeit zu arbeiten mit dem indischen Arbeit, den besten Erfolg, Willkommen, Empfang und Bewilligung, in Rassel, nochmals Willkommen!

Ein langanhaltendes Beifall begrüßt, nimmt Wilhelm Bausebach momentan den Vorsitz des Vorstandes das Wort, um den Rasseler Parteivorstand für ihre Willkommenstrübe zu danken und den Auftakt zu eröffnen.

Willkommens, Hamburg, schlägt zu Vorsitzenden des Parteitags Hermann Müller dem Parteivorstand und Scheidemann an. Rassel vor.

Willkommens: Als Vorsitzende sind also vorgeschlagen die beiden ehemaligen Reichstagsabgeordneten (Ritter). Ich hoffe, daß wir beide wieder in die Lage der Belebungen kommen werden, der deutschen Republik den Kanzler aus ihren Reihen zu stellen. (Sturmklage, langanhaltender Beifall) — Scheidemann und Hermann Müller werden einmütig gewählt.

Hermann Müller übernimmt hierauf den Vorsitz mit einer kurzen Rede, die auf die Stärke der Völkerbewegung eingehen. Was in Friedenstand gefündet wurde, müsse wieder aufgemacht werden. Über Deutschland müsse auch die Möglichkeit dazu haben. Der Völkerbund müsse sich zum rechten Völkerbund gemacht werden. Offiziell sei, daß englische und belgische Sozialisten der Hoffnung Ausdruck gegeben hatten, auf dem nächsten Parteitag einzufließen, um zu können. Für Holland werde Troelstra erscheinen. Mit diesem Schwergewicht müsse man rechnen, daß die unbedeutenden Däninger nicht mehr zu Deutschland gehören. Hier feiern Deutsche gegen ihren Willen von Deutschland losgerissen worden. Hier gelte es Zukunftsblick für einen wahren Völkerbund zu leisten. Wir weisen, fuhr Redner fort, den Gedanken gewaltiger Revanche weit von uns. Wir wollen nur den Appell an das Recht.

Ramens des dänischen Sozialdemokraten wie Stauning darauf hin, daß es den Kampf gegen den Kapitalismus und Militarismus gelte. Die Wiederholung müsse das Ziel der Arbeiterklasse aller Länder sein. Engberg übermittelte die Grüße des schwedischen Genossen. Die schwedische Arbeiterschaft habe keinen Tisch mit dem Völkerbund gemacht.

Zwei Vertreter der Sozialdemokraten Tansius und des Sozialdemokratischen Erklären, daß sie trotz ihrer Kritik von Deutschland, die nur vorübergehend sein dürfe, nicht aufzuhören würden, ferndeutsch zu denken und zu fühlen.

### Sozialdemokratische Reichsfrauentagkonferenz

Die Sozialdemokratische Reichsfrauentagkonferenz in Rassel, die vor der Eröffnung des Parteitags im Blauen Saal der Stadthalle zusammenstellt, war, wie uns geschildert wird, stark besucht. Zahlreiche Abgeordnete wohnten der Konferenz bei, so unter andern der Rasseler Oberbürgermeister Scheidemann, der früher Reichs-

tagsabgeordneter Hermann Müller, der Reichstagspräsident Löbe, der Staatssekretär Heinrich Schulz, die Abgeordneten Rosenthal und Dr. Quast.

Ramens des Verteilertages begrüßte Weiß die Frauenkonferenz. Er führte aus: Mit der politischen Gleichberechtigung der Frau hat die Sozialdemokratie einen großen Erfolg erzielt. An den Frauen werde es liegen, durch ihr numerisches Übergewicht Vorteile zu erringen, durch die sie innerhalb im öffentlichen Leben den Männern gleichgestellt werden. Nicht mit Edelmetallworten, sondern mit ehrlich, straffer Organisation können wir dieses Ziel erreichen. Die gesamte Partei wird die Genossinnen unterstützen. Mit bestonnener Arbeit und durch Ausbau der Agitation wird die sozialdemokratische Frauenbewegung größeren Einfluss auf die fernstehenden Massen erzielen, als die sogenannten revolutionären Parteien, die glauben, mit radikalen Wörtern die Welt zu erobern und in Wirklichkeit damit doch nur erreichen, daß das Interesse zu überstiegen wird.

Die Genossin Roehl, Köln, sprach dann über die politische und organisatorische

#### Wearbeit der Frau in der Partei.

Sie befragte eine Gestaltung infolge zu großer Unvorsicht an die Männer, wodurch die Eigenart der Frau nicht zur Geltung kommt. Die Winke der Frau müsse in der Agitation mehr berücksichtigt werden, besonders die Frau als Mutter, Erzieherin und Hausfrau. Rednerin befürchtet lebhaft, daß Parteigenossen ihre Frauen immer noch der Organisation fernhalten, und degradieren diesen Standpunkt als korriert und engstirnig. Mein Genosse müsse das Gewissen gesäubert werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Rednerin fuhr fort: Es fehlt an

#### Parteijetsättinnen,

selbst da, wo es solche schon vor dem Krieg gab. Es fehlt an der Einheit, doch auch, nochdem, nachdem die Frauen das Wahlrecht haben, die Frauenbewegung sich nicht von selbst entwickelt, sondern von oben herunter und von unten heraus vorwärtsgetrieben werden muß. Es fehlt an dem handigen engen Verkehr der Frauen mit der Bevölkerung und den Frauen in den eingelassenen Beziehen untereinander. Die Rundschreiben des Parteivorstandes an die Frauen wandern vielleicht in den Papierkorb, weil in den Rundschreibungen nicht ständig Frauen aufgeführt sind. (Sehr wohl!) Nur wo ein alter Stammtisch von Genossinnen vorhanden ist, in den Hochburgen der Frauenbewegung, haben die Frauen die nötige Bewegungsfreiheit. Das Domburger Beispiel und die dort entstandene Schrift: Praktische Winke für die sozialdemokratische Frauenbewegung weisen

### In Reih und Glied

Von einem Teilnehmer am ersten Verteidigungskongress, dem Vorsitzenden des Verteidigungskomitees Theodor Thomas in Beantwortung einer Frage, die sozialdemokratische Frauenbewegung in Rassel, die vor der Eröffnung des Parteitags im Blauen Saal der Stadthalle zusammenstellt, war, wie uns geschildert wird, stark besucht. Zahlreiche Abgeordnete wohnten der Konferenz bei, so unter andern der Rasseler Oberbürgermeister Scheidemann, der früher Reichs-

müssen: Gemeinsinn, Idealismus, Persönlichkeitswert, Sinn für das Ganze. Das gilt für alle, auch für die Opposition, die allerdings während der Kongreßtagen den Mangel an Wissen durch Lungenkraft ergänzen wollte. Aber was im oberen Kopfe fehlt, erkennt man nicht durch den Kehlkopf, selbst eine Stimme von zwanzig Verteidigern bringt nicht einen brennenden Gedanken, erst recht bringt ihn keine Trillerpfeife, die auch einmal erklingt.

Ein Wort über die Berliner Arbeitslosen. Sie terrorisieren den Kongress. Wir werden den Mittwoch mitag nicht vergessen, wo wir den Saal verliehen und Spießruten liegen zwischen ihnen. „Silber, Verdater“, nannten sie die Männer aus der Werkstatt. Wenn sie sich so aufgestellt hätten vor dem Kongressaal der Schwerindustrie, würden sie das zwar auch nicht tötkost, jedoch begreiflich finden. Aber vor ihren Genossen? Ihren besten Freunden voten sie dies Schauspiel. Wer ein Herz hat, muß sich abwenden, mußt innerlich weinen. So weit ist es gekommen ... Die Rot, das Eisen, kann einen Menschen fröhlich zur Vergewaltigung treiben, wenn dann noch ein klein wenig nebohrt wird, ist der Mensch zu allem fähig. Deshalb müssen wir dies trübe Bild aus, vergeben und vergessen.

Die Rednerin von Dömann, Nürnberg sowie des Verteidigungsreferenten Brandler brachten neben dem geschäftlichen Teil eine rote, prinzipielle Auseinandersetzung. Wir haben das Gefühl, daß Dömann seinen guten Tag hatte, er stand mit beiden Füßen auf altem Mutterboden, das gab ihm einen guten Rückhalt. Wohl zehnmal betonte er die Einigkeit des Proletariats. Das kann gerade jetzt gar nicht genug betont werden. Brandler blieb sehr sachlich, aber er kämpfte für einen verlorenen Posten. Wenn auch sein Ziel edel und gut ist, wie können die Arbeiter nicht auf eine ferne Zukunft vertrauen. Darauf kommen aber Branders Vorschläge hinaus.

Der Monarch entschließt sich mit starker Wehrheit für Dömann — für die Vorschläge des Gewerkschaftsbundes im Aufbau der Betriebsräte. Auch sonst wurden noch viel Anträge angenommen, die der Bundesvorstand erst einmal schätzen muß. Sie zu beschreien, ist unmöglich. Genug: der Gewerkschaftsgedanke hat glänzend gesiegt, das werden die deutschen Arbeiter dem Kongress noch einmal danken.

Die Pahn ist nun frei für weitere Arbeit. Der Kommandeur ist fundamental. Wir wollen mit Macht an die Verbesserung des Betriebsrätegesetzes gehen, darüber hinaus aber unter Politik rütteln, um mit füdnern Erneuerung die Grenzen zu übersteigen, die uns heute noch gesetzt werden. Unsere Aufsicht ist der Sozialismus, das hat auch der Betriebsrätekongress noch zum Ausdruck gebracht. Wir dürfen zusammenfassend besinnen: Die Tage vom 3. bis 7. Oktober haben einen neuen Einstieg einführten in das feste Gebäude unserer Arbeiterbewegung, die Betriebsräte werden von der andern Seite her mit uns und die Wirtschaft umbauen helfen. In diesem Sinne: Verteidigung mit uns, ihr treuen Kampfgefährten!

<http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201011/>

den Weg, auf dem die Frauen sich diese Freiheit verschaffen können, für die individuelle Behandlung der Frauenprobleme.

und aller Zeiträgen sollten die Genossinnen im Range fortwährend Anregungen an die Zentrale geben. Dann würde es bald unmöglich werden, daß die ganze Arbeit im Frauendienst auf einer einzigen Frauensekretärin ruht, dann würde auch in der Zentrale eine weitgehende Arbeitsteilung erzielt werden. Die Arbeit der Frau im Reich und in den Ländern ist trotz der hohen Gleichberechtigung gering, wie sich aus der Mandatsszahl ergibt. Die Sozialdemokratische Partei als führende Partei der Gleichberechtigung lädt und lädt an den Spitzen der Wohlfahrt haben. (Sehr gut!) Auf der anderen Seite sollen die gewählten Frauen auch qualitativ alles mitbringen, was für die Ausbreitung des sozialdemokratischen Gedankens notwendig ist. Wir lehnen es ab, nur deshalb berücksichtigt zu werden, weil wir Frauen sind. (Sehr richtig!) Wir stehen selbst dafür ein, daß auch die Frauen nur nach Maßgabe der Qualität ausgewählt werden.

Die Frauen im Reichsamt und in den einzelnen Landesparlamenten müssen in viel engerer bewegender Verbindung treten. (Sehr wahr!) Die Mitarbeit der Frauen in der Gemeinde muß ebenfalls durch Zusammenarbeit in höheren Beiräten befürwortet werden. Wir brauchen für die Frauen eine eigene Kommunalzeitung, wie die bürgerlichen Frauen sie schon haben. Die Mitarbeit in der Gemeinde bedeutet auch erhöhte Mitarbeit in der Wohlfahrtspflege.

Wir haben den Gedanken der sozialen Pflichtung der Gemeinde zu propagieren und den Begriff der Wohlfahrtspflege niedergeschlagen. Die bürgerliche Frauenbewegung darf von uns nicht länger als bloße Betätigung eines Spieltriebes, als Sport angesehen werden. Allein im Lande Sachsen sind 883 000 Frauen organisiert, die über 26 namhafte Zeitungen für alle Landesteile und Sondergebiete verfügen.

Namentlich die Angehörigen der gelehrteten Frauenberufe stehen noch ganz überwiegend im bürgerlichen Lager, obwohl sie vielfach wirtschaftlich zu uns gehören. Manche hilft Elternbedarf und Altersvorsorge ab, aber viele Lehrlinge, Hausbeamte, Sozialbeamte, Kindergartenmutter, Segelschiffsführer können zu uns, wenn wir ihre Sonderinteressen gebührend pflegen. Wir dürfen und nicht von den Arbeitsmärkten überrumpten lassen, sondern müssen die Verhältnisse durch unsre Freien und Freien selber tragen. Alles was aufsteigt, muß von uns erfaßt und vorbereitet werden. Die Sozialdemokratische Frauenbewegung muß wirklich führend werden, zuerst geistig und dann politisch mit dem Willen zur befriedenden Tat. (Sehr, bestall)

#### Das zweite Referat über

die politische Tätigkeit der Frauen  
zu der Sozialdemokratie erstritten

Toni Stöß, München: Die sozialdemokratischen Männer sind theoretisch immer für die Freiheit der Entwicklung der Frau eingetreten, aber im tiefsten Hintergrund hängen doch noch viele an dem alten Herrschaftsmonopol des Mannes in Staat und Familie. (Wiederholte Zustimmung.) Wir dürfen jedoch den Männern keine Vorwürfe mehr machen, nachdem wir das Werkzeug der Befreiung selbst in den Händen haben. Wie die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann, so die Befreiung der Frau nur das Werk der Frau selbst. (Beifall, Beifall.) Zugleich leben wir eine eigene politische Frauenpartei ab. Gerecht doch unter den Frauen verschobener Weltanschauungen nicht einmal die für eine sojde Partei unerlässliche Geschlechtsolidarität. Die sozialdemokratischen Frauen können die Frauengruppe nur innerhalb der Partei zum Durchbruch bringen. (Sehr wahr!)

Was ist nun in dieser Richtung von den wenigen Geistessinnern gekommen, die in den deutschen Parlamenten gearbeitet haben? Der Frau ist die juristische Handlungsfähigkeit zuerkannt, aber nicht die ehefrauähnliche. Sie wird bestrebt durch die

#### Souveränität des Mannes,

die Übergreifung in Haushauptmann und Mutterrecht. Die mütterliche Gemalt seit jetzt ein nach dem Tode oder der Verhinderung des Mannes. Das Vermögen der Frau wird gemeinsames Eigentum. Berufslöse und vermögenslose Frauen bleiben in ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit, doch ihre persönliche Selbständigkeit und ihre Unabhängigkeit darüber liegen. Die prinzipielle Unabhängigkeit der Ehe bedeutet eine Neuerungung des Ideals, die nicht immer zum Rückschlag führt. Wie jordern die Möglichkeit, die Ehe in idoneer etlicher Weise zu lösen, ohne daß die Ehegatten sich gegenseitig beschuldigen. Wie jordern für die baldige Revision des EHEG in der Ehe durchweg den Grundzak der Gleichberechtigung, im Gegüterrecht die Güterverteilung.

#### Das unechte Amt

noch mit dem Vater verbunden und durch ihn finanziell weitgehend abhängig zu machen. Auch die Befreiung verspricht den Schutz der Mutterlichkeit ohne alle Klauseln. Bei der Befreiung des Familienechts dürfen wir nicht übersehen, daß der Staat zunächst für kinderreiche Familien wirtschaftliche Funktionen der Familie übernimmt. Mutterrecht, Wohnungsreform, Bodenreform, Siedlungsreform sind für die Bedürfnisbefriedigung wichtiger als das Strafgesetzbuch.

#### Neubau des Versicherungswesens

mar das eine: Arbeitlose Frauen müßten das gleiche bekommen wie arbeitslose Männer. Wenn man schon die Arbeit des Mannes als besonders qualifiziert ansieht, so begreifen wir deshalb noch nicht, warum auch das Nichtarbeiten des Mannes eine besonders qualifizierte Leistung sein soll. (Große Beifallheit.) Um übrigens eben richtig mit den ersten Appellen an alle Genossen, den gleichen Lohn für gleiche Arbeit endlich Wirklichkeit werden zu lassen. (Sehr gut!)

Die Frauen müssen aufsteigen vom politischen Kreislauf zur politischen Reife. Dann werden sie der Politik Neuland zeigen. Neuland vor allem in den Beziehungen der Männer in der innerpolitischen Kultur vollbringen. Zur Intelligenz des Sozialismus muß die Intelligenz des Bergenges treten, um durch eine Politik der Güte eine neue Menschheit zu schaffen. Die höchste Wahrung für die politische Tätigkeit der Frau rufe ich Ihnen zu: So wollen, daß man kann! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

#### Hierauf tritt eine einstündige Mittagspause ein.

Um 3½ Uhr wird die Nachmittagssitzung aufgenommen. Auf Vorschlag aus der Verfassung wird beschlossen, daß Professor Dr. Gaspari über

#### Wohlfahrt- und Jugendpflege

sofort einzutreten, um sich in der Diskussion schon darauf beziehen zu können.

Genosse Gaspari: Für uns ist die Wohlfahrtspflege die Summe all herzigen Bestrebungen, die das Gedächtnis der Allgemeinheit durch Fürsorgemaßnahmen fördern. Hierzu ist es nötig, umfassende Einrichtungen zu schaffen, die der Gemeinschaft zugute kommen. Nicht bloß einzelne Bevölkerungsgruppen müssen durch die Wohlfahrtspflege gehoben werden, sondern sie hat auch dem Auftrag der Gesamtheit zu dienen, indem sie die städtischen Teile ebenfalls mit ihrem Anhang behandelt und versorgt. Damit ist verbunden, daß die Wohlfahrtspflege nicht einfach darf als Heilstätte. Das Wesen der Wohlfahrtspflege besteht mindestens ebenso im Vorbeugen wie im Heilen.

#### Armenpflege.

Wir müssen verlangen, daß alle bestehenden Beschränkungen vom politischen und privaten Recht, die mit der Armenpflege heute noch verbunden sind, verschwinden. Wir müssen weiter die Armenpflege zu einem Rechtsanpruch auf Umsetzung umschaffen, den man im Wege eines geregelten Verwaltungsstreitverfahrens erlangen kann. Die Unterbringung der Jugend ist in die Hände der Jugendämter zu legen. Den Kernpunkt der Reform der Wohlfahrtspflege bildet die Übernahme der Armenlasten auf das Reich, auf die Länder. Es geht unter keinen Umständen an, daß man den Raum außen ihre Quellen nimmt, ihnen aber die Armenfürsorge

läßt. Darunter lieben nicht bloß die Kommunen, sondern auch die Frauen.

#### In das Gebiet der Wohlfahrtspflege gehört die ganze

Gesellschaftspflege und Gefundheitspflege. Auch die Volkssbildung gehört zur Wohlfahrtspflege, weiter die ganze Reichsausbauaufsichtspflege und was sich davon ableitet. Weder Werte gehen dem Volke beiwohnen durch militärische Herumprozessionen. (Sehr richtig!) Ich rede weiter hinzu die Arbeits- und Betriebspflege, wozu auch die Erwerbslosenversicherung gehört.

Als leichtestes und schönstes Gebiet der Wohlfahrtspflege wende ich mich der

#### Jugendfürsorge

zu. Ein Gesetz für die Jugend muß die Jugendpflege und Jugendfürsorge umfassen und darf die Jugendbewegung nicht vergeßen. Jugendpflege ist die Pflege der in jeder Beziehung gefunden Jugend, während sich die Jugendfürsorge der irgendwie anormalen Jugend ziemt.

Ich behaupte, daß die Reichtumsverteilung das Recht des Kindes auf Erziehung nicht ausdrücklich ausgeschlossen hat. Diesem Prinzip muß durch das Jugendgesetz nachgehalten werden. Die Entwicklung geht dahin, daß die Funktionen der Familie immer mehr abgelöst werden von den Funktionen des Staates. Die Familie verfügt in diesen Fällen. Das Kind hat einen Anspruch auf Erziehung, wird dieser von der Familie nicht gehabt, dann muß der Staat eingreifen. Die öffentliche Jugendhilfe muß ein festes Gerüst unter sich haben, an dem unterster Stelle die Jugendärzte stehen. Jeder Selbstverwaltungsbereich braucht ein eigenes Jugendamt. In die Jugendämter gehören Männer und Frauen der verschiedensten Berufe.

Es muß in jeder deutschen Stadt eine Schwangerenfürsorge eingerichtet sein. In ihr Gebiet sollen Mutter- und Kinderfürsorge und Kleinkinderfürsorge. Wegen der unehelichen Mütter fordern wir die Errichtung von Mütterheimen.

Am schwersten ist die Fürsorge für die schulentlassene Jugend. Jugendhelme, Weltkämpfung der Schundliteratur sind einige der in Betracht kommenden Fragen. Die unehelichen Kinder müssen unmittelbar unter den Schutz des Staates gestellt werden. Die Einzelverbundenschaft ist für alle Kinder, auch die elterlichen, unbedingt nötig. Gründlicher Bedarf bedarf die Fürsorgegesetzgebung.

Kun zum Jugendgerichtsgesetz. Erziehungsmethoden, die der Staatliches verordnet, werden immer als Strafe empfunden werden. Was wir brauchen, sind Erziehungsmethoden an der gesamten Jugend, nicht erst, wenn sie kriminell geworden ist. Darauf mit dem ganzen Jugendgericht! Hier mit dem Jugendgericht, hier mit dem Jugendbesserungsrecht!

#### Ruhr zur

**Kostenfrage.**

Da haben die Arbeiter im Baldenauer Revier beschlossen, monatlich eine Nebenkosten für Wohlfahrtswende zu vernehmen.

Technische Setzungen sind in Sachsen, in Bielefeld und Brandenburg im Gange. Um diesen Gedanken durchzuführen, bedarf es freilich willkürlicher Sozialisten unter den Arbeitern. (Sehr gut!)

Die Marktrevolutionäre werden das nicht leisten. Unsere Frauen, unser Hauptaufwand für Arbeitersohlfahrt muss bei diesem Prinzip eine Voraussetzung für Wohlfahrtswende sein.

Am Ende des Jugendgerichtsgesetzes. Erziehungsmethoden, die der Staatliches verordnet, werden immer als Strafe empfunden werden. Was wir brauchen, sind Erziehungsmethoden an der gesamten Jugend, nicht erst, wenn sie kriminell geworden ist. Darauf mit dem ganzen Jugendgericht! Hier mit dem Jugendgericht, hier mit dem Jugendbesserungsrecht!

#### Ruhr zur

**Kostenfrage.**

Da haben die Arbeiter im Baldenauer Revier beschlossen, monatlich eine Nebenkosten für Wohlfahrtswende zu vernehmen.

Technische Setzungen sind in Sachsen, in Bielefeld und Brandenburg im Gange. Um diesen Gedanken durchzuführen, bedarf es freilich willkürlicher Sozialisten unter den Arbeitern. (Sehr gut!)

Die Marktrevolutionäre werden das nicht leisten. Unsere Frauen, unser Hauptaufwand für Arbeitersohlfahrt muss bei diesem Prinzip eine Voraussetzung für Wohlfahrtswende sein.

Am Ende des Jugendgerichtsgesetzes. Erziehungsmethoden, die der Staatliches verordnet, werden immer als Strafe empfunden werden. Was wir brauchen, sind Erziehungsmethoden an der gesamten Jugend, nicht erst, wenn sie kriminell geworden ist. Darauf mit dem ganzen Jugendgericht! Hier mit dem Jugendgericht, hier mit dem Jugendbesserungsrecht!

#### Ruhr zur

**Kostenfrage.**

Da haben die Arbeiter im Baldenauer Revier beschlossen, monatlich eine Nebenkosten für Wohlfahrtswende zu vernehmen.

Technische Setzungen sind in Sachsen, in Bielefeld und Brandenburg im Gange. Um diesen Gedanken durchzuführen, bedarf es freilich willkürlicher Sozialisten unter den Arbeitern. (Sehr gut!)

Die Marktrevolutionäre werden das nicht leisten. Unsere Frauen, unser Hauptaufwand für Arbeitersohlfahrt muss bei diesem Prinzip eine Voraussetzung für Wohlfahrtswende sein.

Am Ende des Jugendgerichtsgesetzes. Erziehungsmethoden, die der Staatliches verordnet, werden immer als Strafe empfunden werden. Was wir brauchen, sind Erziehungsmethoden an der gesamten Jugend, nicht erst, wenn sie kriminell geworden ist. Darauf mit dem ganzen Jugendgericht! Hier mit dem Jugendgericht, hier mit dem Jugendbesserungsrecht!

#### Ruhr zur

**Kostenfrage.**

Da haben die Arbeiter im Baldenauer Revier beschlossen, monatlich eine Nebenkosten für Wohlfahrtswende zu vernehmen.

Technische Setzungen sind in Sachsen, in Bielefeld und Brandenburg im Gange. Um diesen Gedanken durchzuführen, bedarf es freilich willkürlicher Sozialisten unter den Arbeitern. (Sehr gut!)

Die Marktrevolutionäre werden das nicht leisten. Unsere Frauen, unser Hauptaufwand für Arbeitersohlfahrt muss bei diesem Prinzip eine Voraussetzung für Wohlfahrtswende sein.

Am Ende des Jugendgerichtsgesetzes. Erziehungsmethoden, die der Staatliches verordnet, werden immer als Strafe empfunden werden. Was wir brauchen, sind Erziehungsmethoden an der gesamten Jugend, nicht erst, wenn sie kriminell geworden ist. Darauf mit dem ganzen Jugendgericht! Hier mit dem Jugendgericht, hier mit dem Jugendbesserungsrecht!

#### Ruhr zur

**Kostenfrage.**

Da haben die Arbeiter im Baldenauer Revier beschlossen, monatlich eine Nebenkosten für Wohlfahrtswende zu vernehmen.

Technische Setzungen sind in Sachsen, in Bielefeld und Brandenburg im Gange. Um diesen Gedanken durchzuführen, bedarf es freilich willkürlicher Sozialisten unter den Arbeitern. (Sehr gut!)

Die Marktrevolutionäre werden das nicht leisten. Unsere Frauen, unser Hauptaufwand für Arbeitersohlfahrt muss bei diesem Prinzip eine Voraussetzung für Wohlfahrtswende sein.

Am Ende des Jugendgerichtsgesetzes. Erziehungsmethoden, die der Staatliches verordnet, werden immer als Strafe empfunden werden. Was wir brauchen, sind Erziehungsmethoden an der gesamten Jugend, nicht erst, wenn sie kriminell geworden ist. Darauf mit dem ganzen Jugendgericht! Hier mit dem Jugendgericht, hier mit dem Jugendbesserungsrecht!

#### Ruhr zur

**Kostenfrage.**

Da haben die Arbeiter im Baldenauer Revier beschlossen, monatlich eine Nebenkosten für Wohlfahrtswende zu vernehmen.

Technische Setzungen sind in Sachsen, in Bielefeld und Brandenburg im Gange. Um diesen Gedanken durchzuführen, bedarf es freilich willkürlicher Sozialisten unter den Arbeitern. (Sehr gut!)

Die Marktrevolutionäre werden das nicht leisten. Unsere Frauen, unser Hauptaufwand für Arbeitersohlfahrt muss bei diesem Prinzip eine Voraussetzung für Wohlfahrtswende sein.

Am Ende des Jugendgerichtsgesetzes. Erziehungsmethoden, die der Staatliches verordnet, werden immer als Strafe empfunden werden. Was wir brauchen, sind Erziehungsmethoden an der gesamten Jugend, nicht erst, wenn sie kriminell geworden ist. Darauf mit dem ganzen Jugendgericht! Hier mit dem Jugendgericht, hier mit dem Jugendbesserungsrecht!

#### Ruhr zur

**Kostenfrage.**

Da haben die Arbeiter im Baldenauer Revier beschlossen, monatlich eine Nebenkosten für Wohlfahrtswende zu vernehmen.

Technische Setzungen sind in Sachsen, in Bielefeld und Brandenburg im Gange. Um diesen Gedanken durchzuführen, bedarf es freilich willkürlicher Sozialisten unter den Arbeitern. (Sehr gut!)

Die Marktrevolutionäre werden das nicht leisten. Unsere Frauen, unser Hauptaufwand für Arbeitersohlfahrt muss bei diesem Prinzip eine Voraussetzung für Wohlfahrtswende sein.

Am Ende des Jugendgerichtsgesetzes. Erziehungsmethoden, die der Staatliches verordnet, werden immer als Strafe empfunden werden. Was wir brauchen, sind Erziehungsmethoden an der gesamten Jugend, nicht erst, wenn sie kriminell geworden ist. Darauf mit dem ganzen Jugendgericht! Hier mit dem Jugendgericht, hier mit dem Jugendbesserungsrecht!

#### Ruhr zur

**Kostenfrage.**

Da haben die Arbeiter im Baldenauer Revier beschlossen, monatlich eine Nebenkosten für Wohlfahrtswende zu vernehmen.

Technische Setzungen sind in Sachsen, in Bielefeld und Brandenburg im Gange. Um diesen Gedanken durchzuführen, bedarf es freilich willkürlicher Sozialisten unter den Arbeitern. (Sehr gut!)

Die Marktrevolutionäre werden das nicht leisten. Unsere Frauen, unser Hauptaufwand für Arbeitersohlfahrt muss bei diesem Prinzip eine Voraussetzung für Wohlfahrtswende sein.

Am Ende des Jugendgerichtsgesetzes. Erziehungsmethoden, die der Staatliches verordnet, werden immer als Strafe empfunden werden. Was wir brauchen, sind Erziehungsmethoden an der gesamten Jugend, nicht erst, wenn sie kriminell geworden ist. Darauf mit dem ganzen Jugendgericht! Hier mit dem Jugendgericht, hier mit dem Jugendbesserungsrecht!

#### Ruhr zur

**Kostenfrage.**

Da haben die Arbeiter im Baldenauer Revier beschlossen, monatlich eine Nebenkosten für Wohlfahrtswende zu vernehmen.

Technische Setzungen sind in Sachsen, in Bielefeld und Brandenburg im Gange. Um diesen Gedanken durchzuführen, bedarf es freilich willkürlicher Sozialisten unter den Arbeitern. (Sehr gut!)

## Laus dem 8. Kreise

**Gmina.** Mitteilungen aus dem Ratssitzung. Der Rat erwarte den Stadtbauordnungsbeschluß, bei Verabsiedlung von Skulpturen in den jungen Räumen des Museums zu Hindenburgstrasse unterbringung des Museums machen und vorher nach anderweitige Verhandlungen nötig. Mit Rücksicht auf die Unlöslichkeit des Kranenkauzes außerordentlich gekommen sind, wünscht sich eine Erhöhung der Kranenkauzverpflegung nötig. Den vorliegenden Anträgen wurde zugestimmt mit einem kleinen Vorschlusse, dass die Belebung des Würdesteinommens, kann der Rat nicht zustimmen. Die Angelegenheit soll mit einem neuen Vorschlag den Städteverbund wieder vorgelegt werden. Einigkeitlich ist die Festsetzung der Beilage für die Abstimmung wurde festgestellt, da die Angelegenheit gleichzeitig mit der Neuordnung der Sozialversicherung auf Grund der Richtlinien durchgezogen. Das Datum soll aber den Ruheständlern ihre jetzigen Vergütungen mit einem aufregenden Aufschlag unter Vorbehalt der Anordnung auf der später endgültig zu gewährenden Ruhestandbeleihung zur Auszahlung gebracht werden. Einem Beschluss des Betriebsausschusses folgend, hat eine Strompreiserhöhung eingesetzt. Den vorliegenden Anträgen stimmte man zu. Dem Beschuß der Stadtverordneten, die Einziehung eines Zwischenfests zur Regelung der Sozialversicherung trat man bei. In den Auszug wurden seitens des Rates gewünscht die Herren Stadträte Scheuer, Hollerich I und Büttig. Unter Verabsiedigung des Umstandes, daß das Reich noch immer nicht den fälligen Anteil an Einkommensteuern überbrückt hat, und mit dem Vorschlag der Rebensteuer in altermärkischer Zeit nicht zu rechnen ist, muß die Gemeinde nach wie vor den vom Staat angewiesenen Weg der Anleihe beschreiten. Es wurde daher beschlossen, für die Monate Oktober und November einen Zwischenfonds von 1.000.000 M., der sofort nach Eingang der oben genannten Steuermittel zu bedenken ist, aufzustellen. Hinsichtlich der Verwendung dieses Zwischenfonds wird auf den in Arbeit befindlichen Wirtschaftsausschuss, der in allerhöchster Zeit den städtischen Kollegien vorgelegt wird, verwiesen. Hierbei wird der Vorschlag darauf hin, daß gegen den Rat und seine Person Vorwürfe deshalb erhoben würden, daß er für Kleinwohnungsgebäute erhebliche Mittel aufwende und dadurch zu großen Unleidern gezwungen sei. Unter Verabsiedigung des Umstandes, daß bei einem Einstellen der Kleinwohnungsgebäute nicht nur eine große Anzahl Wohnungsuchender nicht mit den dringend benötigten Wohnungen versorgt werden können, und daß auch einem großen Teil von Gewerken, so g. B. Maurern, Tischlern, Schlossern usw. keine Arbeit mehr zugewiesen werden könnte, spendet man für einstimmig dahin aus, den Wohnungsbau nicht einzustellen. Die Tatsache, daß die großen Dörfer aufzunehmen werden müssen, ist lediglich darauf zurückzuführen, daß das Reich die Steuerhöhe den Gemeinden entzogen hat und daß die Wohrausbablen hauptsächlich zur Beschaffung von Lebensmittel, zur Versorgung der Bevölkerung mit Brennstoffen, für Hochzeitsgeschenke und zur Verhinderung der Wohnungsknot dringend benötigt werden.

**Pirna.** Die hiesigen Erwerbslosen zogen am Sonnabend nachmittag vor das Rathaus, um ihren Wunsch nach Versorgung billiger Kartoffeln zur Geltung zu bringen. Der Amtshandlung, die im Rate vorsprach, wurde die Zustimmung gegeben, daß der Rat um die Versorgung der Kartoffeln bemüht sein wird. Die Demonstration verlief ruhig und ohne Zwischenfall.

**Pirna.** Vermieth wird seit acht Tagen die 18jährige Fräulein Gräf von hier. Die Vermieth war zugestellt in Possendorf im Dienst. Am 8. Oktober besuchte sie ihre hier wohnenden Eltern und verließ am Montag die elterliche Wohnung, um in Dresden ihre Absolventenliste zuholen. Seitdem ist das Mädchen verschwunden. Gestohlen wurden aus einem Schrebergarten auf dem Sonnenstein acht Kaninchen. Die Tiere sind an Ort und Stelle abgeschlachtet worden.

**Coply.** Den Parteigenossen und -genossinnen zur Kenntnis, daß am kommenden Mittwoch, abends 7½ Uhr, im Heiligenfeld eine außerordentliche Gruppenversammlung stattfindet, die sich mit den kommenden Landtagswahlen beschäftigen soll. Parteichef Karl Genossen freut sich: Über unter nächstem Aufgaben freuen. Es wird zahlreicher Beachtung erwartet.

**cl. Eng.** Gemeinderatsbildung. Der Ausbau des Planierappells zu Wohnungen soll nunmehr beginnen. Die Arbeit soll in eigener Regie durch Arbeitslose vorgenommen werden. Ohne soll die Rohlegung an der Hindenburgstraße zunächst in Angriff genommen werden. Durch den Wunschkreisforscher von der Straße sind unweit des Kaiserhochbahnalters der Gemeinde Quellen festgestellt worden. Ein Beschluß, an den bezeichneten Stellen Bohrungen vornehmen zu lassen, die der Firma Bormann in Dresden übertragen werden sollen. — Dem Erfassen des Städtebauplanungsbüros in Dresden, einen Ortsteilplanung für den Ort zu entwerfen, soll entsprochen werden, jedoch ohne Garantie und ohne Verpflichtung, wenn der Bauauftrag nicht den Wünschen des Gemeinderats entspricht. — Einem Realienkauf zum Preis von 700 M. kommt man zu und regt hierzu Genossen Mittal an, finanziell zu prüfen, ob nicht das ganze Land gleich angekauft werden kann, da hierdurch die Gemeinde nur gewinnen kann. Diese Forderung soll einer späteren Beratung zugrunde gelegt werden. Eine längere Debatte entspiegt sich bei der Frage der Karlsfelder Belebung. Bei den Beratungen, die mit den heiligen Landtagswahlen stattgefunden haben, stellte sich ein Teil der Landtagswahl auf einen Grundkreis von 20 M. für den Zentner und ein anderer Teil auf einen solchen von 25 M. — Um der Brennstoffmaterialnot zu entgehen, soll vorerst ein Waggon-Lor zum Preis von 10,45 M. für den Zentner frei Station Coply bestellt werden. — Eine sehr lange Debatte rief eine Forderung der beim Holzfüllern beschäftigten Erwerbslosen hervor, die eine Erhöhung des

Erfolgslohn von 12 M. für das Raummetrum auf 15 M. forderte. Obwohl das Holz dadurch für die Wiederbelebung, für die das Holz hauptsächlich bestimmt ist, etwas verteuert wird, stimmt man in Anbetracht der großen Notlage der Erwerbslosen dieser Forderung zu, ebenso sollen bei Gewerbebetrieben, die von Erwerbslosen ausgewählt werden, die jetzigen Tarifsätze geahndet werden.

**Stimmen.** Ein Schadenfeuer zerstörte den dicht an dem Haupthaus des Thielhard Martin Hering befindlichen Schuppen, der gleichzeitig mit der Unterbringung von Vieh und Henzen benutzt wurde. Ein Durchbruch Eindringens konnte das zum Teil von starken Familien bewohnte Wohnhaus gerettet werden. Auch das in dem brennenden Gebäude untergebrachte Kleinvieh wurde bis auf drei Säuglinge gerettet.

**Glashütte.** Kartoffelversorgung. Alle diejenigen Haushaltungen, die bei der Kartoffelversorgung die Vermittlung der Stadt in Anspruch nehmen wollen, haben sich Dienstag, vom 9 bis nachts 1 und von 2½ bis 4 Uhr, im Rathausamt unter Vorlegung der Großausweise zu melden. Hierbei sind auch die Haushaltungen umfasst, die sich dieser Tage bereits zum Bezug von Kartoffeln aus Bauhof gemeldet haben.

**Glashütte.** Städtegemeinderatsbildung. Stadtrat Genossen Götsch berichtet über die in Dippoldiswalde mit den Vertretern der Feuerwehr und denen der Freiwilligen Feuerwehr Verhandlungen über die Feststellung der Kartoffelpreise. Es werden vorläufig 75.000 Rentner Kartoffeln zum Preise von 20 M. pro Zentner beliefert. An Kinderbeiträgen werden die Kartoffeln für 10 M. geliefert. Als Mindesteinkommen wird 6000 M. festgesetzt. Für die zweite unterhaltungsfähige Periode können 9000 M. für eine Stunde 100 M. für zweie 800 M. und für jedes weitere Sime 100 M. in Abzug gebracht werden. Der Vorstand teilt mit, daß nach freischauplattnerhafter Entscheidung die Anlieger der Schillerstraße zu den Bezeichnungen der Zugwege herangezogen sind. Die Hundesteuer wird für den Hund auf 50 M. festgesetzt. Eine amtsbauplattnerhafter Vergabe über Einrichtung einer Freizeitstätte wird dahin erledigt, daß man den Vorschlägen des Ortsausschusses der freien Gewerkschaft beitritt und die in Vorjahr gebrachten Ortsbeirathen als gewählt gelten läßt.

(In einem Teil der Auslage wiederholt.)

## Lloyd George verteidigt seine Politik

Amsterdam, 9. Oktober. Wie Telegraph aus London meldet, hielt Lloyd George auf der Jahresversammlung des Nationalrates der liberalen Partei von Wales in Moldabno eine Rede, in der er den Gedanken der Koalitionsregierung verteidigte und darauf hinwies, daß Asquith selbst im Jahre 1915 eine erste Koalitionsregierung gebildet habe. Lloyd George betonte, in beinahe allen Ländern hätten die Umstände während des Krieges und nach dem Kriege Koalitionsregierungen notwendig gemacht. Amerika sei eine Ausnahme. Aber Amerika kam erst spät in den Krieg.

Der Bergarbeiterfrage erwiderte Lloyd George es werde lediglich von den Bergleuten verlangt, daß die Steinkohlenförderung so werde, wie sie im ersten Vierteljahr 1920 war. Dann könnten sie zwei Schilling Lohn erhöhung für den Tag erhalten. Zur russischen Frage führte er aus: Es habe keinen Zweck, Frieden mit der Sowjetregierung zu schließen, die kein Vertrauen zu erwischen wisse, ihr Wort nicht halte und unter der Macht des Friedensreiches in England die politische Atmosphäre zu vergiftete trachte. Die Versammlung nahm einstimmig eine Vertrauensresolution für Lloyd George an.

In einem Brief an die Westminster Gazette tritt Grey dem Wunsche Asquiths entgegen, daß Irland ausgedehnte Selbstständigkeit und das Recht, ein eigenes Heer zu unterhalten, gegeben werden sollte. Grey schreibt: Die irischen Häfen bilden unter Tore nach der Außenwelt. Der Schlüssel zu diesem Tore muß in London ausgemahrt werden, damit es nicht gegen unsere Willen geschlossen werden kann.

## Rom und Moskau

Rom, 8. Oktober. Zur Frage der Dinausdehnung der gemäßigten Elemente aus der logistischen Partei und zu den den Moskau gestellten Bedingungen schreibt der sozialistische Abgeordnete Brampolini, es handle sich um die Diktatur nicht des ganzen Proletariats, wie sie auf dem Kongress in Bologna festgelegt wurde, sondern einer kleinen Minorität, die sich der Freiheit mit hoher Gewalt ausdrängte. Rame sie morgen zur Macht, so würde sie die Presse- und Versammlungsfreiheit vollständig unterdrücken und zu Hunderten und Tausenden diejenigen ins Gefängnis oder an den Galgen bringen, die sie als gefährlich oder außländisch erachtet. Brampolini erinnert an die vom russischen Staat aufgestellten und jetzt lebendig Wiederauferstehung, im Getriebe der großen Geschichte steht. In dem Punkte, wo der Friede von Versailles weniger wie irgendwo sonst seine Zustände auch nur aufzurichten gekommen können.

Hat Litauen, haben die Standorten Russland auf Leben und Tod geherrscht, wenn sich im russischen Reich die Verhältnisse genau konkretisiert haben? Es gibt sehr viele Zeuge, die aus wohlüberlegter Aussicht heraus meinen, daß Russland sich das Recht nach dem Kriege, das ihm jetzt zugeschlagen wurde, einst gewaltsam wieder erobert und geht, unterdrückt von dem gleichmöglichen Sechster der Städte, dazu über, sich mit kühlem, politischem Bild ein Bild zu machen von den Zukunftsaussichten dieses Staates, der noch vor einigen Jahren nur in den blutigen Phönixen litauischer Patrioten lebte und jetzt, lebendig Wiederauferstehen, im Getriebe der großen Geschichte steht. In dem Punkte, wo der Friede von Versailles weniger wie irgendwo sonst seine Zustände auch nur aufzurichten gekommen können.

Hat Litauen, haben die Standorten Russland auf Leben und Tod geherrscht, wenn sich im russischen Reich die Verhältnisse genau konkretisiert haben? Es gibt sehr viele Zeuge, die aus wohlüberlegter Aussicht heraus meinen, daß Russland sich das Recht nach dem Kriege, das ihm jetzt zugeschlagen wurde, einst gewaltsam wieder erobert und geht, unterdrückt von dem gleichmöglichen Sechster der Städte, dazu über, sich mit kühlem, politischem Bild ein Bild zu machen von den Zukunftsaussichten dieses Staates, der noch vor einigen Jahren nur in den blutigen Phönixen litauischer Patrioten lebte und jetzt, lebendig Wiederauferstehen, im Getriebe der großen Geschichte steht. In dem Punkte, wo der Friede von Versailles weniger wie irgendwo sonst seine Zustände auch nur aufzurichten gekommen können.

Haben man davon ausgeht, wird man sagen können: Litauen ist so lange möglich, wie es bei beiden großen Nachbarn Deutschland und Russland, gegenüber sich als Widerstand, nicht als humanisch betrachtet. In dem russisch-litauischen Friedensvertrag, in dem die russische Regierung ja in territorialer Einsicht große Zugeständnisse gemacht hat, hat sie sich freie Ein- und Ausfuhr-

in Italien eingeführt würde, befiehlt könnte, wie lange es dauern müsse, bis die Massen sich überzeugt, daß die auf russische Art entstandene und ausgeübte Totsatz des Proletariats in Wirklichkeit lediglich eine neue Tyrannie und daß es unmöglich ist auf der Spur der Bojanette zu regieren.

Paul Temps haben der Sekretär der sozialistischen Partei, Gutt, Ferrari, und der Vetter des Manz, Scattai, die Einladung zu der von Turati, Treves und andern Anhängern der Sammlung der Sozialisten auf dem Boden der alten Rechte nach Sieglio nell' Emilia einberufenen Zusammenkunft angenommen. Auf der Zusammenkunft soll auch die Zusage Kublands besprochen werden.

## Eine Notverordnung für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichtswahlen

Auf einen von den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände gezieltem Antrag hat der nationalpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beschlossen, bei der Regierung wegen Nennung der Verordnung vom 12. Mai 1920 — bei Gewerbe- und Kaufmannsgerichtswahlen — vorstellig zu werden. Daraus wird weiter das Arbeitsministerium:

Die Zustimmung der wirtschaftlichen Verhältnisse seit dem Frühjahr dieses Jahres hat bisher gezeigt, daß sich bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichtswahlen aus der im der Verordnung vom 12. Mai 1920 vorgesehenen Zustimmungsgrenze von 15.000 M. überschreitende Ergebnisse ergeben haben. Das Reichsarbeitsschutzbüro bereitet daher eine Notverordnung zur Eindämmung der Verordnung vom 12. Mai 1920 vor, in der die Zustimmungsgrenze erheblich herab gesetzt werden soll. Es empfiehlt sich daher, die Wahl noch bis zum Aufstellen der neuen Verordnung hinauszuschieben.

Wenn wir auch die Vermüllungen der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände annehmen, so müssen wir doch noch abwarten, was und die Reaktion bringt. Eins ist schon jetzt sicher: zuständigen können uns die Verordnung nur dann, wenn sie das Wahlberechtigten herabsetzt und vor allen Dingen auch den weiblichen Arbeitnehmern das politische Wahlrecht bringt.

## Boycott gegen Japans Schiffe

London, 9. Oktober. Die Times melde aus Newhaven: Die australischen Transportarbeiter haben einen Boykott gegen alle japanischen Schiffe erklärt, die zwischen den australischen Hafen den Nachschub versiehen, da diese Schiffe die australischen Lohn- und Arbeitsbedingungen außer Acht lassen.

## Eine Handelskonferenz in London

Wie Evening Standard erichtet, sei als Folge der Brüsseler Finanzkonferenz der Zusammenschluß einer Handelskonferenz in London beabsichtigt zu dem Zwecke, Handelskontakte an die kontinentale Nationen zu konzentrieren.

## Deutsches Reich

### Gegen Betriebsabbau

Berlin, 8. Oktober. Dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist vom Reichswirtschaftsministerium und Reichsarbeitsschutzbüro gemeinsam eine Verordnung betr. Maßnahmen gegenüber Betriebsabbau und Stilllegungen vorgelegt worden. Die Verordnung sieht eine Anmeldepflicht vor für ganzen oder teilweise Abbruch von Betriebsanlagen sowie für die ganze oder teilweise Stilllegung eines Betriebes, sofern sie mit Arbeitserlassungen in gewissem Umfang verbunden sind. Von der Anzeige an läuft eine Sperrfrist, um für die Durchführung der Verordnung der zuständigen Demobilisierungsbüro Gelegenheit zu geben, in Vereinen mit der Betriebsleitung und dem Betriebsrat sowie gegebenenfalls mit örtlichen und fachlichen Sachverständigenorganisationen Hilfmaßnahmen zu ergreifen, um dem Abbruch oder der Stilllegung vorzubeugen.

## Devisenkurse

	Berlin, 9. Oktober. (Amtlich)	9. 10. 8. 10. 8. 10. 8. 10.
	Wkdb	Wkdb
Holland . . . . .	100 Gulden	1995,50 1980,50 1983,— 1987,—
Schweiz . . . . .	100 Frank	1023,45 1024,55 1018,95 1021,05
Wien (alte) . . . . .	100 Kronen	— 22,97 23,08
Wien (neu) . . . . .	abgekt.	100 Kronen 29,47 23,63 22,72 22,78
Brug . . . . .	100 Kronen	88,25 88,85 82,40 82,60
Spanien . . . . .	100 Peseten	984,05 985,95 981,55 983,45
Brüssel-Antwerpen . . . . .	100 Frank	449,55 450,45 449,55 450,45
Italien . . . . .	100 Lire	257,20 257,80 251,70 252,80
London . . . . .	1 Bid. Stiel.	228,75 224,25 223,75 224,25
Düsseldorf . . . . .	1 Dollar	88,95 84,07 83,93 84,07
Paris . . . . .	100 Franc	426,55 427,45 424,65 425,45

Jülich, 9. Oktober. Devisenkurse. Berlin 8,85, Wien 2,20, Brug 8,15, Holland 19,10, Kursus 6,24, London 21,88, Paris 41,70, Italien 24,50, Brüssel 44, Riga 26,50, Stockholm 124,50, Christiania 87,50, Madrid 91,80, Buenos Aires 227,50.

Während der politischen Randstaaten angeht, nicht übersehen soll. Die Anregungen liegen hauptsächlich bei Polen, beim Schicksal der Randstaaten. Dagegen ist noch eine innerpolitische Frage zu stellen, ob die Ordnung des jungen Staates, die Art, wie seine Verbindung funktioniert, irgendwelchen Einfluss auf die Möglichkeit einer Entwicklung haben. Wichtig ist es, wie der litauische Staat mit dem Problem der Nationalitäten fertig wird; denn außer den Deutschen leben in Litauen beträchtliche Mengen Juden, die dort nicht, wie bei uns, kulturell und sprachlich völlig eingeschlossen sind. Es kommen zu ihnen besonders in den neu entstandenen Gebieten nach Weißrussen hinzugewandert, die Polen, die überall im Lande verstreut sind, seitdem sie einmal hier geherrscht haben. Unbedeutlich ist die Zahl der Russen. Die meisten sind 1915 geflohen.

Wie schon bei Verbreitung der Bage der Deutschen ausgeführt wurde, geht man in den lebenden Freien der Regierung davon aus, daß den Nationalitäten eine möglichst baldige nationale Autonomie zu gewähren sei, unbedingt bezüglich der Sprache und der Schule. Das geht so weit, daß ein eigenes Ministerium für jiddische Angelegenheiten errichtet werden soll. Ebenso bearbeitet eine eigene Siedle die Angelegenheiten der Weissrussen. Der Großteil dieser Siedler liegt in der Einrichtung der Nationalitäten, das ist schon gezeigt. Die Juden haben sich mit Hingabe bereit erklärt, diesem Staat zu dienen und für ihn zu arbeiten. Der Finanzminister im Ministerium des Wiederaufbaus, Rosenthal, hat den Vertrag mit Polen verhandelt, die Siedlung der Juden in dem bisherigen Litauen hat vorerst nichts verhindert, sondern die Juden in Wilna, die aus der polnischen Herrschaft kommen. Auch die Eingliederung der jiddischen Siedler ist einmal hier geplant. Die jiddischen Siedler werden sich leichter und zielgerichtet gesetzen. Junkte Erfüllungen braucht der Staat nicht zu fürchten.

Da auch seine wirtschaftliche Bage vorstelllich ist, so kann man ihm nur eine günstige Zukunft vorauslegen. Man geht mit dem Gefühl nach Hause, daß dem beigebracht ist, wenn man als Teil einer Weltstadt eines frischen, jungen Staates macht, mit ihm alle Probleme des Lebens durchspricht und sich sagt: es wird es dazu bringen, einmal eine eigene Verbindlichkeit zu sein.

## Litauens Zukunft

Von Professor Dr. A. Bergsträßer

Der Welt steht, sitzt an einem heißen Tage in seinem Amt, der wenig läuft und abgehetzt von allen Eindeutigen,



# Landtagswahlgesetz für den Freistaat Sachsen vom 4. Sept. 1920

Die Tageskammer hat folgendes Gesetz beschlossen:

## I. Wahlrecht und Wahlbarkeit

§ 1. Der Landtag des Freistaates Sachsen besteht aus 96 Abgeordneten. Sie werden in allgemeiner, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

Jeder Wähler hat eine Stimme.

Der Wahltag muss ein Sonntag oder öffentlicher Ruhtag sein. § 2. Wahlberechtigt sind alle reichsdeutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben und in Sachsen wohnen.

Der Wohnsitz in Sachsen ist nicht Voraussetzung für die Wahlberechtigung sämtlicher Staatsbeamter und staatlicher Arbeiter, die außerhalb Sachsen wohnen, sowie der Angehörigen ihres Hauses.

§ 3. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist

1. wer entmündigt ist oder unter wiederaufgerichtiger Verwaltung steht;

2. wer rechtsträchtig durch Richterspruch die bürgerlichen

Grenzenrechte verloren hat.

Die Ausübung des Wahlrechts ruht für die Soldaten während

der Zeit der Angehörigkeit zur Wehrmacht.

Abgabt in der Ausübung ihres Wahlrechts sind Personen, die neuen Militärschrankt oder Heereschrankt in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind, ferner Straf- und Unterbringungsanstalten sowie Personen, die infolge gerichtlicher oder polizeilicher Verordnung in Verwahrung gehalten werden. Ausgenommen sind Gefangene, die sich aus politischen Gründen in Haftgefangenschaft befinden.

§ 4. Wählen kann nur, wer in einer Wählerliste oder Wahlbezirk einschrankt ist oder einen Wahlchein hat.

§ 5. Wahlbar ist jeder Wahlberechtigte, der seit mindestens zwei Jahren Wahlangehöriger ist.

§ 6. Ein Abgeordneter verliert seinen Sitz

1. durch Verzicht;

2. durch Verlust des Wahlrechts;

3. durch staatsrechtliche Abschaffung der Rechte aus öffentlichen Wahlen;

4. durch Ungültigklärung der Wahl oder sonstiges Ausscheiden beim Wahlprüfungsverfahren;

5. durch Niederlegung des Wahlgeheimnis.

Der Bericht ist dem Landtagspräsidenten zu erläutern; er kann sich widersetzen werden.

## II. Wahlvorbereitung

§ 7. Das Gesamtministerium bestimmt den Tag der Hauptwahl (Wahltag).

§ 8. Das Land besteht aus 3 Wahlkreisen.

Es umfasst

1. Wahlkreis die Kreishauptmannschaften Bautzen und Dresden,

2. Wahlkreis die Kreishauptmannschaft Leipzig,

3. Wahlkreis die Kreishauptmannschaften Chemnitz und Zwickau.

§ 9. Für die Stimmabgabe wird jeder Wahlkreis in Wahlbezirke geteilt, die möglichst mit den Gemeinden zusammenfallen. Große Gemeinden können in mehrere Wahlbezirke zerlegt, kleine Gemeinden oder Teile von Gemeinden mit benachbarten Gemeinden oder Gemeindeteilen zu einem Wahlbezirk vereinigt werden.

§ 10. Für jeden Wahlbezirk wird ein Wahlvorsteher und ein Stellvertreter ernannt.

Der Wahlvorsteher beruft aus den Wählern des Wahlbezirks bei der freien Wahlzettel und einem Schriftführer.

Wahlvorsteher, Schriftführer und Schriftführerin bilden den Wahlstandort.

§ 11. An jedem Wahlbezirk wird für die dort wohnhaften Wähler eine Wählerliste oder Wahlurteil angelegt. Als Wohnort ist der Ort, an dem der Wähler seinen Wohnsitz oder in Gewangenheit eines Wohnsitzes in Sachsen seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Er muss für wenige Tage oder Wochen bemessener oder nur gelegentlich Aufenthalt in kein gewöhnlicher Aufenthalt im Sinne dieser Stimme.

Sämtliche Staatsbeamte und staatliche Arbeiter, die außerhalb Sachsen wohnen, und Angehörige ihres Hauses sind auf Antrag in die Wählerliste oder Wahlurteil der nächstgelegenen sächsischen Kreiswahlkommission einzutragen.

Die Wahlordnung bestimmt, unter welchen Voraussetzungen Wähler auf ihren Antrag in die Wählerliste oder Wahlurteil zu richten und mit einem Wahlblatt zu versehen sind.

§ 12. Die Wählerlisten und Wahlurteile werden spätestens in beiden vor dem Wahltag acht Tage lang öffentlich aufgezettet. Die Gemeindebehörde gibt Ort und Zeit öffentlich bekannt und weist auf die Einwohnerzählung hin.

Einfache sind bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der Gemeindebehörde anzubringen und innerhalb der nächsten 14 Tage abzuliefern. Hieran werden die Wahlen oder Parteien geschlossen.

§ 13. Der Wähler kann nur in dem Wahlbezirk wählen, in dem Wählervorsteher oder Wahlurteil er eingetragen ist. Inhaber von Wahlurteilen können in jedem beliebigen Wahlbezirk wählen.

§ 14. Für jeden Wahlkreis werden ein Kreiswahlleiter und ein Stellvertreter ernannt.

Beim Kreiswahlleiter sind spätestens am 21. Tage vor dem Wahltag die Wahlurteile einzurichten.

Die Wahlurteile müssen von mindestens 20 Wählern des Wahlkreises unterzeichnet sein. Die Namen der Bewerber müssen in erkennbarer Kreiselschrift aufgeführt sein.

Im den Wahlurteil darf nur aufgenommen werden, wer eine Zustimmung dazu schriftlich erklärt hat. Die Erklärung muss spätestens am 21. Tage vor dem Wahltag dem Kreiswahlleiter einschließlich seines Wahlschlags vorliegen.

Eine telegraphische Erklärung gilt als schriftliche Erklärung, wenn sie durch eine spätere am zweiten Tage nach Ablauf der Wahl eingegangene schriftliche Erklärung bestätigt wird.

In dem einzelnen Wahlkreis darf ein Bewerber nur einmal bewilligt werden.

§ 15. In jedem Wahlurteil muss ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter bezeichnet werden, die zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Kreiswahlleiter und dem Wahlurteilsbüro beauftragt sind. Beide sind dem Kreiswahlleiter und dem Wahlurteilsbüro aufgetragen, die Wahlurteile einzurichten.

Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichner eines Wahlurteils schriftlich oder per Vertragsurkunde oder sein Stellvertreter durch einen andern erlost werden soll, so tritt dieser an die Stelle des fehlenden Vertrauensmannes, sobald die Erklärung dem Wahlurteil zugezogen ist.

§ 16. Die Wahlurteile bestehen Partei sind untereinander verbunden.

§ 17. Zur Prüfung und Festlegung der Wahlurteile wird für jeden Wahlkreis ein Wahlurtsbuch eröffnet, der aus dem Kreiswahlleiter als Vorsteher und vier Beamten besteht. Die Beamten beruft der Vorsteher aus den Wählern. Der Wahlurtsbuch beschließt mit Stimmenmehrheit.

Die Wahlurteile können noch ihrer Festlegung nicht mehr gestellt oder zurückgenommen werden.

§ 18. Der Kreiswahlleiter gibt spätestens am zweiten Tage vor der Wahl die Wahlurteile in der festgelegten Form öffentlich bekannt.

§ 19. Der Stimmzettel darf nur Namen aus einem einzigen Wahlurteil enthalten. Ein Name genügt.

Im Falle der Namen oder neben ihnen darf der Stimmzettel auch die Nummer des Wahlurteils aus der amtlichen Bekanntmachung enthalten.

§ 20. Die Angabe einer Partei auf dem Stimmzettel wird nicht beachtet.

Wählerangaben machen den Stimmzettel ungültig.

## III. Wahlhandlung und Ermittlung des Wahlergebnisses

§ 21. Wahlhandlung und Ermittlung des Wahlergebnisses ist öffentlich.

§ 22. Gestimmt wird mit Stimmzetteln in amtlich gekennzeichneten Urnen. Abwesende können sich wieder vertreten lassen, noch sonst an der Wahl teilnehmen.

§ 23. Über die Gültigkeit der Stimmzettel entscheidet der Wahlvorstand mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt der Wahlvorsteher den Ausschlag. Über Beschwerden gegen die Entscheidungen des Wahlvorstandes beschließt der Kreiswahlausschuss. Nachprüfung im Wahlprüfungsverfahren bleibt vorbehalten.

§ 24. Die Feststellung des Wahlergebnisses wird ein Landeswahlausschuss gebildet, der aus dem Landeswahlleiter als Vorsitzendem und sechs Beamten besteht. Die Beisitzer beruft der Vorsitzende aus den Wählern. Der Landeswahlleiter wird vom Gesamtministerium ernannt.

Der Landeswahlausschuss beschließt mit Stimmenmehrheit.

§ 25. Die Landeswahlausschüsse teilen dem Landeswahlausschuss mit, wieviel gültige Stimmen in ihrem Wahlkreis abgegeben sind und wieviel davon auf jeden Wahlurteil entfallen.

§ 26. Der Landeswahlausschuss stellt fest, wieviel gültige Stimmen im ganzen Lande abgegeben sind. Die Gesamtzahl der Stimmen wird durch die Zahl der Abgeordneten (96) geteilt. Die dabei resultierende Zahl stellt, noch oben abgerundet auf eine ganze Zahl, die Wahlzahl dar, d. h. die Stimmengröße, auf die je ein Abgeordneter entfällt.

§ 27. Der Landeswahlausschuss weist jeder Partei so viele Abgeordnetenstimmen zu, als die Wahlzahl in der Gesamtzahl der für die Partei im ganzen Lande abgegebenen Stimmen enthalten ist. Die übrig bleibenden Stimmen werden auf die Reststimmen der Parteien unter proportionaler Anwendung des § 26 verteilt. Werben dabei die Wähler nicht ausreichend, so fallen die letzten Stimmen der Parteien zu, die die meisten Reststimmen behalten. Bei der Verteilung nach Satz 2 und 3 bleiben Reststimmen der Parteien, auf deren Gesamtstimmenzahl nicht wenigstens ein Abgeordneter entfallen ist, unvertheilt.

Zur Verteilung der jeder Partei zugewiesenen Abgeordnetenstimmen auf ihre einzelnen Wahlurteile wird die Gesamtzahl der für die Partei im ganzen Lande abgegebenen Stimmen durch die Zahl der ihr zugewiesenen Abgeordnetenstimmen geteilt. Jeder Wahlurteil erhält so viele Ziffern, als die dabei resultierende Verteilungzahl in der Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen enthalten ist. Die übrig bleibenden Stimmen werden denjenigen Wahlurteilen der Partei zugewiesen, die die meisten Reststimmen haben.

Bei gleichen Reststimmenzahlen entscheidet das Los.

§ 28. Die Abgeordnetenstimmen werden auf die Bewerber nach ihrer Meliorfolge in den Wahlurteilen verteilt.

Wenn ein Wahlurteil weniger Bewerber enthält, als Abgeordnete auf ihn entfallen, so werden die übrigen Ziffern auf die anderen Wahlurteile der Partei verteilt. Es werden dabei abwechselnd zunächst der Wahlurteil mit der höheren, dann der mit der niedrigeren Gesamtstimmenzahl bedacht.

§ 29. Wenn es zum Abgeordneten Bewerber die Wahl ablehnt oder ein Abgeordneter aufgezogen ist, so stellt der Landeswahlausschuss fest, wer an seiner Stelle berufen ist.

Auch dabei wird nach § 28 verfahren.

§ 30. Wird im Wahlprüfungsverfahren die Wahl eines Wahlurteils für ungültig erklärt, so verteilt der Landeswahlausschuss auf Grund des Nachprüfungsergebnisses von neuem die Abgeordnetenstimmen.

Entsfällt auf einen Wahlurteil mehrere Ziffern als bisher, so wird die entsprechende Zahl neuer Abgeordnetenstimmen nach § 28 festgestellt; die wegfallenden Ziffern anderer Wahlurteile werden für erledigt erklärt. Für das Ausfallen gelten dieselben Grundätze wie für das Entfernen von Erstwählern; doch schließen die zuletzt eingetreteten Abgeordneten außer Austritt.

§ 31. Ist in einzelnen Wahlbezirken die Wahlhandlung nicht ordnungsgemäß vorgenommen worden, so kann im Wahlprüfungsverfahren die Wiederholung der Wahl beschlossen werden. Das Gesamtministerium hat den Beschluss als bald auszuführen.

Die Wiederholungswahl wird nach denselben Wahlurteilen und auf Grund derselben Wahlurteile oder Wahlurteilen wie bei der Hauptwahl gemacht.

Auf Grund der Wiederholungswahl wird das Wahlergebnis neu wie bei der Hauptwahl ermittelt (§§ 27, 28 und 30).

§ 32. Die Wahlen für die Vorberufung zu den Wahlurteilen müssen auf einer Wahlurteilssatzung vorgenommen werden. Das Gesamtministerium bestimmt auf Antrag des Landeswahlausschusses und mit Zustimmung des Landeswahlausschusses dort die Wiederholung der Wahl.

Die Anordnung des Gesamtministeriums unterliegt der Nachprüfung im Wahlprüfungsverfahren.

Die Wiederholungswahl darf nicht später als sechs Monate nach der Hauptwahl stattfinden.

Bei der Wiederholungswahl wird nach denselben Wahlurteilen und auf Grund derselben Wahlurteile oder Wahlurteilen wie bei der Hauptwahl gemacht.

Auf Grund der Wiederholungswahl wird das Wahlergebnis neu wie bei der Hauptwahl ermittelt (§§ 27, 28 und 30).

§ 33. Die Wahlen für die Vorberufung zu den Wahlurteilen müssen auf einer Wahlurteilssatzung vorgenommen werden. Das Gesamtministerium bestimmt auf Antrag des Landeswahlausschusses und mit Zustimmung des Landeswahlausschusses dort die Wiederholung der Wahl.

Die Anordnung des Gesamtministeriums unterliegt der Nachprüfung im Wahlprüfungsverfahren.

Die Wiederholungswahl wird nach denselben Wahlurteilen und auf Grund derselben Wahlurteile oder Wahlurteilen wie bei der Hauptwahl gemacht.

Auf Grund der Wiederholungswahl wird das Wahlergebnis neu wie bei der Hauptwahl ermittelt (§§ 27, 28 und 30).

§ 34. Das Gesamtministerium erlässt die Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes (Landeswahlordnung).

Dresden, den 4. September 1920.

Das Gesamtministerium.  
V. u. W. Ministerpräsident.

## Sächsische Angelegenheiten

### Nur Militäranwärter

Durch frühere Verordnungen sind die Behörden verpflichtet, in erster Linie oder ausschließlich Militäranwärter anzunehmen, die in diesen offiziellen Stellen zu besetzen sind. Jetzt werden bei den neu gegründeten Landesfürsorgeämtern die sehr zahlreichen Stellen besetzt. Auch hierbei sollen nur Militäranwärter berücksichtigt werden. Dabei geht man wohl über die Absicht hinaus, die bei jener Verordnung maßgebend gewesen ist. Es scheint uns daher wohl bestmöglich, wenn sich der Zentralverband der Angestellten dogmatisch wenden und in einer Anordnung folgendes ausführen:

Das Landesamt für die Reichsversicherung auch von den Behörden beschafft wird. Dadurch, dass einer Militäranwärter ist, ist noch lange nicht erwiesen, dass er für die zu besetzenden Positionen eine besondere Qualifikation besitzt; man sollte, was eine Selbstverständlichkeit bedeutet, alle zur Bewerbung zulassen, und die herangezogenen, die tatsächlich in der Lage sind, die Dienste, nur die sie sich verdient, zu leisten. Dem handelt man aber bewusst entgegen, wenn man eben nur Militäranwärter zur Bewerbung zugelassen. Nach Art. 128 der Reichsverfassung sind alle Staatsbeamten für die Landesfürsorgeamt entsprechend ihrer Erfahrung und ihrer Leistungen zu berufen. Wenn man die militärische Tugend als Voraussetzung für die Wahlurteile erachtet, so kann dies durch die Wahlurteile bestimmt werden.

Die Wahlurteile bestehen Partei sind untereinander verbunden.

Die Wahlurteile können noch ihrer Festlegung nicht mehr gestellt oder zurückgenommen werden.

Der Kreiswahlleiter gibt spätestens am zweiten Tage vor der Wahl die Wahlurteile in der festgelegten Form öffentlich bekannt.

Der Stimmzettel darf nur Namen aus einem einzigen Wahlurteil enthalten. Ein Name genügt.

Im Falle der Namen oder neben ihnen darf der Stimmzettel auch die Nummer des Wahlurteils aus der amtlichen Bekanntmachung enthalten.

Die Angabe einer Partei auf dem Stimmzettel wird nicht beachtet.

Wählerangaben machen den Stimmzettel ungültig.

## IV. Wahlhandlung und Ermittlung des Wahlergebnisses

§ 21. Wahlhandlung und Ermittlung des Wahlergebnisses ist öffentlich.

§ 22. Gestimmt wird mit Stimmzetteln in amtlich gekennzeichneten Urnen. Abwesende können sich wieder vertreten lassen, noch sonst an der Wahl teilnehmen.

Die Zeitchrift des sächsischen Statistischen Landesamtes enthält nähere Angaben über die Eigenart der Veränderungen, die in der Nachkriegszeit eintreten.

Die Zeitchrift des sächsischen Statistischen Landes

## Stadt-Chronik

### Halle

In der Saale hellen Strandte  
Lagt demnächst die 11 S. P.,  
Langs droht sie zu zerfallen,  
Steine purzeln schon nach allen  
Seiten aus dem Bau — o wöh!  
  
Wie die oftgewandten Burgen  
Ist er dem Kain geweiht.  
Vor den eingestürzten Wällen  
Denkt der Wandrer dann mit Schauern  
Jüdischer Vergänglichkeit.

Peter Riegel

### Die Lage des Arbeitsmarktes in Dresden im September

I

Sein gekennzeichnet ist die Lage am Arbeitsmarkt gegen den Vormonat günstiger geworden. Die nächsten Zahlen zeigen einen Rückgang bei den Arbeitssuchenden und eine Zunahme der offenen Stellen. Doch es muss hauptsächlich werden, fallsche Schlüsse aus diesen Zahlen zu ziehen. Wenn auch die Lage am Arbeitsmarkt für einige Industrien oder Gewerbe günstiger geworden ist, so kann doch erfahrungsgemäß nicht damit gerechnet werden, daß jetzt mit Einführung der letzten Schreitzeit die Zahl der Arbeitslosen erheblich abnehmen wird. Wenn aus der Erhöhung der Zahl der offenen Stellen auf eine Besserung unter Wirtschaftslinie geschlossen werden soll, so ist zu bemerken, daß die Zunahme der Arbeitsgelegenheit nur eine Scheinbarkeit ist. Denn nur für die weiblichen Berufe ist die Zahl der offenen Stellen höher geworden, und auch hier handelt es sich in vielen Fällen nicht um Vermehrung der Arbeitsmöglichkeit, sondern nur um einen Auswuchs von Arbeitsstellen, der durch die Verordnung über die Kreisverteilung von Arbeitsstellen vorausgesetzt wird. Bei den männlichen Arbeitssuchenden, besonders bei den gelehrten, ist die Arbeitsgelegenheit abermals sehr erheblich zurückgegangen; die Zahl der offenen Stellen hat bei den männlichen gelehrten Berufen den tiefsten Stand seit Beendigung des Krieges erreicht und es ist auch nicht viel Aussicht auf Besserung vorhanden, obwohl angenommen ist, daß die für Postarbeiter von der Stadt bewilligten 40 Millionen M. für einige Zweige Gewerbeleute Beschäftigungsmöglichkeiten bringen werden.

Der immer scharfer werdende Wettbewerb der Frau im Gewerbeleben kommt in den Zahlen recht deutlich zum Ausdruck. Das gewaltige Emporium an der Schönstraße scheint zu einer Nebenangang der billiger arbeitenden Frau zu führen. Die Zahl der verlangenden weiblichen Arbeitsschaffenden schwankt wohl unter den Konjunkturumstänzen erheblich, meist aber doch ein stetiges Steigen auf und es ist nun mit zweifelhaften Rückschlüssen verhältnismäßig schnell ferner festgestellt, ob mit der Zahl der offenen Stellen für männliche Arbeiter, die eine frische Rüfung zum Eintritt zeigen und noch kein Rückschlag nur langsam und unvollkommen einsetzt.

Die Zahl der beim Sonnerearbeitsschein nachweis gezeigten Arbeitssuchenden ist im September von 14 567 auf 14 201 gesunken. Der Rückgang beträgt bei den männlichen Arbeitssuchenden 266, bei den weiblichen 110, zusammen 386. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der unterführungserforderten Erwerbslosen von 11 818 auf 11 806, also um 100 gesunken. Auch die Zahl der neu gemeldeten Arbeitssuchenden ist gesunken, und zwar von 6887 auf 6421, um 466. Bei den männlichen Arbeitssuchenden beträgt der Rückgang der Neumeldungen 252, bei den weiblichen dagegen ist ein Anstieg von 106 zu verzeichnen.

2624 Arbeitssuchende haben ihr Arbeitsschein zurückgesogen und 1184 Arbeitssuchende sind ohne Abmeldung fortgeschrieben. In 174 Fällen wurde der Sonnerearbeitsschein beim Kriegsgerichtsgericht Antrag auf Erweiterung der Unterführung wegen unbedeckter Arbeitseinsicherung gestellt.

Die Zahl der offenen Stellen für männliche Arbeiter ist um 300 zurückgegangen, und zwar wiederum in der Hauptstadt bei den gelehrten Berufen. Für weibliche Arbeitssuchende ist sie um 486 höher geworden. Die Zahl der befreiten Stellen ist von 5045 im August auf 5112 im September, also um 667 gestiegen. Dabei ist zu bemerken, daß die Zahl der Industriestellen um 585 zurückgegangen, die der festen Stellen um 1022 gestiegen.

Auf 100 offene Stellen kommen 585 männliche und 181 weibliche Arbeitssuchende. Auf 100 Arbeitssuchende entfallen bei den männlichen Berufen 18,8, bei den weiblichen 5,8 besetzte Stellen.

Die Auswanderer (Arbeiter, die wegen Betriebsentwickelung vorübergehend ausziehen) sind in den obengenannten Zahlen nicht enthalten. Beim Sonnerearbeitsschein wechseln sich im September 1138 männliche und 819 weibliche, zusammen 1957 Auswanderer, die sich nahezu auf alle Berufe verteilen. Weitauft die meisten Auswanderer kommen wieder aus der Industrie der Metall- und Maschinen. Als Grund wird durchweg das Ausbleiben von Aufträgen angegeben.

**Landwirtschaft.** Der Bedarf an männlichen Arbeitern ist wieder zurückgegangen; es werden fast nur junge Burschen im Alter von 14 bis 17 Jahren verlangt, und auch hier ist die Nachfrage keineswegs sehr groß. Bei den weiblichen Arbeitern ist die Vermittlungsziffer etwas gestiegen. Geschlossene Transferte gingen nach den Provinzen Brandenburg, Sachsen und nach Sachsen-Anhalt. Im Görneberg betragen fast nur weibliche Arbeitsträger verhältnisse. — Am Bergbau ruht die Vermittlungstätigkeit, da wegen schwacher Unterhundertjährigkeit keine Arbeiter eingestellt werden können.

**Industrie der Steine und Erden.** Die Zahl der Arbeitssuchenden steigt. Die Vermittlung ruht wegen Mängeln am Haushaltsgut ganz.

**Industrie der Metalle und Maschinen.** Die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden, die seit Februar ständig in Steigen war, ist gegen den Vormonat unverändert. Die Zahl der Gold- und Silberarbeiter ist die gleiche geblieben. Bei den Metallarbeiten, Gussarbeiten, Eisenarbeiten und Elektrotechniken war die Nachfrage etwas reicher, bei den Schmieden, Stempfern, Anfertigern, Maschinenschaffern, Werkmeistern und im Waggonbau ist die Lage unverändert schlecht.

In der Weberei und Industrie ist das Nachfragerfeld des Dorfes an weiblichen Arbeitsschaffenden in der Karbonnagenindustrie erfüllt; auch sind aus dieser Höhe gut beschäftigten Industrie zum erstenmal Auswanderer gemeldet.

**Leberindustrie.** Bei Sattlern und Tapetierern ist die Zahl der Arbeitssuchenden abermals gestiegen, die der Gerber und Leberfärber weist einen Rückgang auf. Die Nachfrage liegt fast auf der Höhe des Vormonats.

### Kartoffelpreissenkung

Die Verhandlungen in den einzelnen Amtshauptmannschaften sind durchgeführt. Es erscheint zweckmäßig, das Ergebnis nochmals zusammengefaßt aufzuführen, um als Unterlage für die weiteren Verhandlungen dienen zu können. Durch Vereinbarung wurde als gültiger Preis anerkannt: in der Amtshauptmannschaft Bautzen 20 M. pro Rentner ab Fraugrund (Spielkartoffeln), in der Amtshauptmannschaft Meißen 20 M. und in der Amtshauptmannschaft Dresden 22 M. Die Münzbeamten dieser Bezirke sollen mit Kartoffeln zum Preis von 15 M. pro Rentner beliefert werden. In der Amtshauptmannschaft Döbeln/Bismarck soll lediglich die Bevölkerung des Bezirks zum Kreise von 15 bzw. 20 M. pro Rentner ausgelehrte Kartoffeln beliefert werden. In den übrigen Bezirken soll bis zu 25 M. gefordert werden dürfen. In der Amtshauptmannschaft Freiberg werden die Münz-

bemittelten die Kartoffeln für 18 M. erhalten. Alle sonstigen Kartoffeln gelangen bis zu 25 M. zum Verlauf. In der Amtshauptmannschaft Altenburg wurde eine Vereinbarung nicht ergiebt. Die Vertreter der Landwirte haben lediglich beschlossen laut Rufzug, unverleihene Kartoffeln zum Preis von 15 bzw. 20 M. abzugeben.

Sowohl der Stand der Angelegenheit als deutet. Damit ist über die Preisregulierung erst angebahnt! Aufgabe der Bevölkerung ist es nunmehr, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die erzielten Resultate auch Beachtung finden! Es muß erwartet werden, daß alle Verstände dem zuständigen Ernährungsausschuß oder dem Überwachungsausschuß gemeldet werden. Erst wenn die Durchführung überwacht wird, haben die getroffenen Vereinbarungen wirklichen Wert.

### Der angemessene Kartoffelpreis

Die Sachverständigen der Sachverständigen sollen es bekanntlich gewesen sein, die schon im Frühjahr dieses Jahres befunden haben, daß Kartoffeln diesjähriger Ernte dem Erbauer über 20 M. pro Rentner kosten würden. Leute, die das Gras machen hören — denn woher kamen diese Sachverständigen damals schon das kommende Erntergebnis? Anlässlich der Befreitung in der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt zur Regelung der Kartoffelpreise trug ein anwesender Gemeindevorstand das ausführlich gehaltene Gutachten eines Oekonomiers vor. Dieser Sachverständige hatte sich auf Wunsch des betreffenden Gemeindevorstandes der Mühe unterzogen, die Anbaukosten pro Hektar zu ermitteln. Posten für Posten wurde vorgelesen — ohne daß die Landwirte hätten fortwährend eingreifen können. Lediglich bei dem Posten „Roden der Kartoffeln — 60 M.“ riefen Rufe: „Das stimmt nicht“. Von dieser kleinen Differenz abgesehen, mißtigte es sich die Landwirte gefallen lassen, daß das Ergebnis der Berechnung vorgelesen wurde mit:

Anbaukosten pro Hektar = 4148 M.

das bedeutet einen Rentnerpreis (Gestehungskosten) von 11,50 M.

bei guter Ernte,

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • • •

• • • •

## Gemeindevertreter-Konferenz für den 4. Kreis

Am Sonntag wurde im Dresdner Volkshaus eine Gemeindevertreter-Konferenz für den 4. Unterbezirk abgehalten. Genossen 28161, Vorstehender, hielt zunächst einen Vortrag über

### Gemeindesummen und Steuerzonen

Er wies zunächst auf die verherrlichen Wirkungen des Krieges auf die Gemeindesummen hin, die überall getilgt sind. Die werdenenden Anlagen haben zum Teil eingestellt oder mindestens stark eingeschränkt werden müssen, weil die Generalversammlungen für diese Weile zu machen sind, daß sie standig Aufschluß erfordern. Die Finanzamtsleute sei es, die bei Arbeiten in der Gemeinde nicht zu einem leidenden stecke. Darauf durch keine Rücksichtnahmen und Mafioso-Legitimationen einfließen, sondern man müsse sich vom Mafioso-Legitimationen lassen und nach Mitteln und Wegen suchen, die zu einer Erfüllung der Verhältnisse führen können. In der Erziehung neuer Steuererfolgen seien aber den Gemeinden, nachdem die Steuererholung an das Reich übergegangen ist, enge Grenzen gesetzt. Sie in einer Linie in Frage kommen, wenn die Steuer von Grundbesitzern und Betriebsbetrieben ebenso wie die Vergnügungssteuer. Seien bereits in Abwendung gebracht und in letzter Zeit fort angezeigt worden, so daß auch hier die Gemeinden nicht mehr daran herauftreten. Nach § 10 des Vermögenssteuergesetzes in Verbindung mit dem Vollzugsgebot kann noch eine Besteuerung des vom Reiche nicht besteuerten Mindesteinkommens erfolgen. Aber auch hier müsse mit ganz besonderer Vorsicht vorgegangen werden, denn es besteht in Arbeitervorstadtgemeinden. Wir wissen alle, daß wir auf der Seite noch neuen Steuern eigentlich schon weiter gehen, als es sich mit unseren Vorsteuern bestrebt, daß uns aber die Rotte keine geringt. Gleichzeitig bedeute die Besteuerung des Mindesteinkommens eine ganz außerordentliche Härte. Indessen könne dort, wo es Mafioso-Legitimationen gibt, mit einer guten Progression beginnen, um dann wieder zu verringern. Erhebliche Quellen, neue Steuern flüssig zu machen, seien also eigentlich nicht mehr vorhanden.

Unter dem Aspekt der Verhältnisse werde man — im Gegengeiste zu den Unabhängigkeiten — nicht anders können — als auf einzelne Steuern zurückzugreifen und ein Brüderlichkeitssatz zu bringen. Der Wasserzins, der in den meisten Gemeinden in leichter Zeit betrüfflich erhöht worden ist, sei im Grunde nichts andres als eine indirekte Steuer. Dort, wo die Mafioso-Legitimationen die Brüderlichkeit haben, bestimmt man die Steuer, ohne mit den Wimpfen zu ziehen. Nur dort, wo unter Deute über die Wehrheit berüfung, seien sich die Unabhängigkeiten doch Vergangen, dagegen zu stimmen, um dann soviel zu können, daß das Recht der Gemeinde zu verhindern, wenn ihr nicht bezahlt wird. Der Rektor erklärte dann die Möglichkeiten einer Wohnungsausgabe und einer Miet- und Pachtsteuer, einer Gerichtssteuer und deren Abschaffung. Es zog auch die Möglichkeit einer Biergarten-, Bier- und Öfensteuer, einer Kochgallen- und Kastensteuer usw. In den Bereich seiner Betrachtungen, berücksichtigte aber auch nicht, daß wir dann zu Dingen kommen, die leicht zu Schießen außerhalb kommen. So sollte sichere Wege zu gehen, wie es dem Finanzminister herauszufinden ist, was ihm natürlich nicht möglich. Jahre würden vergehen, ehe wir wieder zu einer Erfüllung kommen. Erstrebbar sei es notwendig, daß wir mitarbeiten, um zu einem Neuausbau zu kommen. Wenn wir die Finanzamtsleute überreden haben werden, dann werden wir dafür sorgen müssen, daß auch die Kulturaufgaben in unserm Staat erledigt werden.

Die Debatte eröffnete Genossen Wirth, der unter Schlußsumme der trockenen Verhältnisse bei der Elternbank darauf hingewiesen ist, daß wir heute in eine vollständig veränderte Steuerpolitik hineingetreten sind. Die Väter seien bloß noch Hilfslöcher des Reiches und die Gemeinden wieder Hilfslöcher der Väter. In den Gemeinden müsse eine ganz andere Finanz- und Steuerpolitik eingeschlagen werden. Wir werden noch auf manche Dinge verzichten müssen, die wir früher als Vater genommen haben müssen. Aus dem Finanzminister steht von uns gewissen haben dürfen. Aus dem Finanzminister kommt nur heraus, wenn es gelingt, unter Wehrheitlichem wieder hochzugehen. Keine Regierung kann die Verhältnisse im kurzen Zeitabstand, nur ganz langsam und mit aller Energie bei jeder zu bestreiten Verhältnissen zu kommen.

Ramp, Vorsteher: Als Gemeindevertreter gestehen wir oft in Dresden in unserem Parteiprogramm. Dieses sei aber doch kein Dogma, sollte vielmehr den veränderten Verhältnissen angepaßt werden. Im Gegensaite zum Referenten halte er eine sozial ausgewogene und geläufige Mietsteuer für einen Weg, der in einem Teil keine Steuerquellen erschließen könnte. Auch ein besserer Ausbau der Verwaltungsteuer sei in Erwägung zu ziehen. Bedenken hätte er gegen die Besteuerung der Mindesteinkommen und gegen eine Strafsteuer. Im selben weiteren Maßnahmenen darf er die Frage einer Steuer auf Werbe- und Nutzwert in die Diskussion hinein.

Ratliche, Blaubeuren, meinte, die Väter habe einen Fehler gemacht, daß sie nicht schon längst vorwärts gebrungen habe, daß die Mittel für die Arbeitslosenversicherung für eine produktive Erwerbsförderung herangeben würden. Räßner, Rähnisch, hielt eine sozial ausgewogene Mietsteuer, bestmöglich eingeführt, für angebracht. Der Gründungszeitpunkt zum Wohnungsbau verhindert werden sollten. — Blaubeur, hält die Herausgabe bestimmter Preiseiten für unverträglich. Die noch zur Verfügung stehenden Steuerquellen reichten sehr über weniger unzureichend. Hinzu kommt, daß die indirekten Steuern in der Hauptstadt nur den größten Gemeinden zugute kommen. — Zschätz, Orlendorf, hat für eine erheblich härtere Besteuerung des Grundbesitzes durch den Staat über Bestet ein. Dort würde doch sehr viel herausgeholt sein.

Krummböhl, Naumburg, berichtet den Standpunkt, daß es zumindest Sache jedes einzelnen Gemeinde sein müsse, die alle Steuererhebungen in Weißfall zu bringen und den Grundwert neu festzustellen. Die Einschlagskommissionen müßten noch ganz anders zusammengelegt sein, als es jetzt der Fall sei. Bei der Verzweigungssteuer falle noch die jährliche Angabe her. — Kuhn, Groß-Gerau, forderte, war für bestmöglich Einführung einer Mietsteuer. Die Mietsteuer werde nicht allein zum Bau neuer Wohnungen benötigt werden dürfen, sondern auch zur Instandhaltung alter baulicher Güter. Die Grundsteuer sollte bei unbebauten Grundstücken höher sein als bei bebauten. Grundbesitz sei eine Mietsteuerpolitik in beispiellosem Umfang. — Mengel, Blaubeuren, hielt in Sachen der Mietsteuer die Abbildung des städtischen Grundbesitzes durch den Staat für das Richtige. Dann können wir über die Mietsteuer hinweg, freilich würden dann die Mieten viel höher werden müssen. Eine Versetzung des Vorteilprogramms ließe sich dann vermeiden. — Mühlberg, Zschätz, bestreitet den Gedanken der Einführung einer Mietsteuer. — Ramp, Alsfeld, brachte den Vorschlag ein, die städtische Besteuerung zu erläutern, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, im Interesse der Verhinderung der Wohnungsknot und der Arbeitslosigkeit mehr Mittel für den Wohnungsbau zu bewilligen. — Stach, Torgau, hielt eine starke Erhöhung der Grundsteuer für zweckmäßig und möglich.

Im selben Schluswort betonte der Referent gegenüber einer Verbindung von Reich, daß es unmöglich ist, bei den gleichen Verhältnissen mit bestimmten Bildlinien auszukommen. Zum Ende eines Sozialausgleichs unter den Gemeinden sei auch ein Ausgleichsloch in Höhe von 50 Millionen Mark vorzusehen, der aber kaum aufzuheben werde, um offene Anforderungen im Lande gerecht zu werden. Überdrage man alles auf die Väter, dann brauche man kein Selbstverständigungsbereich für die Gemeinden, wie wir es meinen, wie befürworten es und dann selbst. Man sollte auch bedenken, daß das, was wir jetzt schaffen, für die Übergangszeit bestimmt ist, in der wir nun einmal leben. Wenn wir später uns progrämmatisch darüber beschäftigen können, werden es selbstverständlich geschehen.

Der Unterg. Hembel fand einstimmige Annahme.

Dann gaben Künftig der Tagessordnung:

Gemeindebeamten Befreiungsreform

Mehr ebenfalls Genossen Wölfele das einleitende Wort. Er stellt eine Abmilderung der Überzahl von Großstädten für notwendig, ebenso könnten die Rinderzölle in den vorliegenden Räumen von uns nicht geführt werden. Man müsse sich aber damit abfinden, daß es möglicherweise der Befreiung der Bevölkerung auch für Kinder über 14 Jahre Rinderbeiträge gehoben werden müssen. Ein Vorschlag der Rinderzölle vom 17. September sei es, daß die Befreiung der Rinderbeiträge nicht verhindern, sondern die Gemeinden darüber entscheiden. Die Art der Zölle auf den Bevölkerungen richtig einzuschätzen und dann die entsprechende Eingruppierung in den einzelnen Gemeinden zu finden, sei eine der schwierigsten Aufgaben. Auch die Ammendorfer seien nach den Befreiungsgrundlagen zu befreien. Die Eingruppierung der Gemeindebeamten sei ganz angelehnt an die Grundlage der sozialen Ge-

teilungsberechnung. Mit der ganzen Tiefe führe er sich wenig befreunden. Für die kleineren Gemeinden führen hauptsächlich die Gruppen 3 bis 7 in Frage. Rönne eine Gemeinde mit ihren Beamten nicht überein, so könnte ein Schiedsgericht angerufen werden. Die Rödlinnen liegen Wünsche auf beiden Seiten offen. Nicht verbrechen könnte man sich, daß die Bevölkerungsberechnung sehr lange gebraucht hat, und daß die Rödlinnen der Zeit auch der Predigtung dieser Arbeit nicht gerade überlegen ist.

Zur Debatte drängte Genossen Rödlinnen, zum Ausdruck, daß der Beamte jetzt bedeutend bessergestellt sei als der Arbeitnehmer und Angehörige in den Privatbetrieben.

## Gewerkschaftsbewegung

### Arbeitsdirektion bei der Straßenbahn

In einer der letzten Sitzungen des Angestelltenausschusses des städtischen Straßenbahns legte die Direktion eine Auflistung vor, aus der hervorging, daß nach dem jeglichen Dienstjahr der Vollbeschäftigung 1730 Schaffner und 868 Führer, zusammen 2597 Mann beträgt. Vorhanden sind aber jetzt 1805 Schaffner und 942 Führer, zusammen also 2747 Mann. Es sind demnach 140 Mann überjährig. Die Bevölkerung der Direktion, die überzähligen Leute an anderen Stellen zu beschäftigen, haben ergeben, daß zunächst bei der Bauabteilung der Betriebsabteilung, als Vorarbeiter, Schaffner, Schuhmacher und in der Kommission 80 Mann untergebracht werden könnten, während rund 20 Mann durch den Winkelmann behoben an Gehaltspersonal an Regenjontagen in den Monaten Oktober und November beansprucht würden. Um auch die verbleibenden 40 Mann weiter beschäftigen zu können, müßte für die Richtbeamten eine Arbeitszeitredung vorgenommen werden, daß statt drei freien Tage in 20 Arbeitstagen vier freie Tage gelegt werden; daß würde freilich mit einem Lohnausfall von circa 50 M. im Monat verbunden sein. Die Beamten sind durch ihre Beamtenvereinigung vor einer Sanktion ihrer Bezüge geschützt.

Der Angestelltenausschuß hat sich nun mit dieser sehr heißen Frage in seiner Sitzung am 30. September eingehend beschäftigt. Der Ausschuss setzt sich aus 14 Vertretern, die im Deutschen Transportarbeiterverband organisiert sind, und aus 5 Vertretern der „Gefaktion Ulbig“, eines gelben Verbands der kommunalen Straßenbahner, zusammen. Well nun bei den Sozialen zu den verschiedenen Kommissionen diese Herren leer ausgingen, verließen sie den Sitzungssaal. Sie breiteten darmit, daß sie nicht das geringste Interesse an dem Wohl der Straßenbahner haben. Ihnen kann ja die Verkürzung der Einkommensschuppe fehlen, denn sie sind ja Beamte. Straßenbahner, meilt euch das! — Zu d. Vorschlägen der Direktion liegt der Ausschuss durch seinen Vorsitzenden und dem Verbandsvertreter Rothe erläutert, daß dort einem Beschluss des Ausschusses erst der städtische Verkehrsabteilung und eine Versammlung der Straßenbahner zu der Sache Stellung nehmen sollte. Das lehnte er ab. Am 30. September abends erklarte in einer überaus stark besuchten Versammlung Rothe Rothe, daß er sich in seinem Bericht und vor allem auf den Ernst der Situation. Die Versammlung nahm einen ruhigen, würdigen Verlauf und beschloß, allen Daten zu legen, um eine Erklärung der Richtbeamten zu verhindern. Eindruck machten vor allen Dingen die Ausführungen der beamten Kollegen, die sich mit den Richtbeamten solidarisch erklärten. Herr Ulbig, was sagen Sie dazu? Nach kurzem, sachlicher Debatte wurde dann gegen eine Stimme beschlossen, der Direktion folgendes Vorschreiben zu machen:

„Im Winterhalbjahr wird an Werktagen 7 Stunden 45 Minuten und an Sonntagen 8 Stunden 15 Minuten gearbeitet. So soll im Sommerhalbjahr an Werktagen 8 Stunden 5 Minuten und an Sonntagen 8 Stunden 35 Minuten gearbeitet werden. Darauf wird es auch ermöglicht, daß der Urlaub in der Zeit vom 15. April bis 15. Oktober erledigt werden kann.“

Durch diese Regelung tritt die Verkürzung der Woche und auch sehr Verteilung der freien Sonntage ein. Da den nächsten Tagen folgen die Verhandlungen weitergeführt werden. Es werden um so erfolgreicher sein, je mehr und je selber sich die Straßenbahner in der Reichssection der Straßenbahner im Deutschen Transportarbeiterverband zusammenschließen.

### Gehaltsregelung des Opernchores

Wie uns durch die Ortsgruppe 1 des Thüringerbundes (Stadtspartei) mitgeteilt wird, stehen die Schlussberhandlungen der Befreiungsreform unmittelbar vor ihrem Abschluß. Da der Sängerchor der Staatsoper ein wichtiger nicht zu umgehender Faktor ist, wäre im Interesse der weiteren städtischen Arbeit des Instituts ein die Arbeitsfreudigkeit der Chormitglieder erhalten und fördernder Ausgang der Befreiungsverhandlungen in möglichster Form zu bringen zu wünschen.

### Gemeindebearbeiterstreit in Chemnitz und Leipzig

Die Lohnbewegung der sächsischen Gemeindebeamten hat in Chemnitz zum Stiel gekehrt. Am Sonnabend abends trat zuerst die im Elektrofördertwerk und in den Gaswerken beschäftigte Arbeiterschaft in den Ausland. Die Stadt ist ohne Beleuchtung. Auch die Wasserförderung der Stadt ist in Weißnacht gesunken, da ein Teil der Pumpen durch elektrischen Strom getrieben wird. Die Theate mußten am Sonnabend abends noch dem ersten Akt schließen, gestern waren sie geschlossen. Der ärztliche Verein verein hat mit Gewaltstreich gebrochen. Die gestern vier Stunden lang geführten Verhandlungen zwischen dem Rate der Stadt und der Streitseite sind ergebnislos verlaufen.

Auch in Leipzig hat der angekündigte Streit bei städtischen Arbeitern früh begonnen. Die Lieferung von Strom an die Straßenbahn ist bereit eingestellt worden. Es verkehren nur die Linien, die vom eigenen Kraftwerk der Straßenbahn Strom erhalten.

### Beschädigung des Berliner Zeitungskonflikts

Eine Berliner Korrespondenz verbreitete die Meldung, daß sich auf Grund der Sympathieklärung der Ausdruckereibesitzer für die Zeitungsveteran 1500 Firmen bereit erklärt, die Herstellung der Zeitungen und der sonstigen Arbeiten der Zeitungsbetriebe zu übernehmen. Bei Weißnung der Ausführung dieser Arbeiten werden die Druckereien ebenfalls zu Entlastungen ihrer Arbeitnehmer schreiten. Die Quädrat und Ölbohrer der neuen Zeit in Charlottenburg haben sich geweigert, die Herstellung der von den Verlegern geplanten Einheitszeitung aufzugeben. Daranbin sind diese Arbeitnehmer fristlos entlassen worden. — Diese Maßnahmen würden nichts andres bedeuten, als als bewußt und planmäßig den Kampf auch in die Kreise der Ausdruckereipersonale zu tragen, die bisher von der Bewegung nicht betroffen sind. Denn von vornherein steht doch fest, daß die organisierte Arbeiterschaft im Quädratgewerbe mit ihrem stark ausgebildeten Solidaritätsgefühl niemals sich dazu hergeben wird, die Arbeiten zu verrichten, wegen deren Verweigerung ihre Arbeitgeber ausgespielt sind.

### Kommunistenstreit

Von der Direktion des Märkischen Elektrofördertwerkes, wo, wie wir berichten, ein wilder Streik ausgebrochen ist, mit dem W. T. B. abgeteuft. Nachdem am Montag im Kraftwerk Heegermühle des Märkischen Elektrofördertwerkes die Belegschaft in einem wilden Streik getreten war, der von einer Wilderheit durch Terror erzeugt wurde, gelang es der Vermittlung der Gemeinschaftsführer, die Belegschaft zu einer geheimen Abstimmung zu bewegen, die mit überwältigender Mehrheit die sofortige Aufnahme der Arbeit beschloß. Die Arbeit wurde darauf am gleichen Abend wieder aufgenommen. Die Arbeitnehmer der Ausdruckerei erzielten, die unter dem Namen „Revolutionäre Betriebsorganisation“ organisierten, hofften darauf aus den umliegenden Industriebetrieben ihre Anhänger Lektor und „Arbeiter“ in einer Zahl von 1000 Mann das Kraftwerk, zwangen die Belegschaft zum Verlassen des Betriebes, bildeten einen Millionschiff und legten die Stromlieferung an die gesamte von diesem Kraftwerk versorgte Industrie und Landwirtschaft still. Nachdem

durch ein starkes Aufgebot vom Sicherheitspolizei die aufschwierigen Elemente vertrieben und das Stadtmuseum der Betriebsleitung des Märkischen Elektrofördertwerkes übergeben wurde, ist zunächst zur Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Betriebe ein Notbetrieb durch die Technische Röhrle aufgenommen worden. Nachdem ge- nügender Schutz für die arbeitsfähige Belegschaft bereitstehet, ist mit der Wiederaufnahme des normalen Betriebes zu rechnen.

Entsprechend viele Wirkungen den Tatsachen, so kann das Verhalten der „Revolutionären“ nur nicht genau beurteilt werden. Den folle doch endlich einsehen, daß nicht in der völligen Vernichtung, sondern im Aufbau unter Wirtschaft die Wettbewerb aus dem heimischen Markt liegt. Solche „Aktionen“, die momentan von Deutzen getragen werden, die die Arbeiterschaft bewegen und ihr eigenes revolutionäres Herz erst am 9. November 1918 aber noch später entdecken, sind weder dazu angezeigt, der Arbeiterschaft zu helfen, noch kann Kampf zum siegreichen Ende zu führen.

### Gesetzliche Festlegung des Achtfunderttages

Gegenüber Berichten von einer bevorstehenden Abschaffung des Achtfunderttages wird durch die gesetzliche Regelung bestimmt, daß die Wirtschaftsministerium in der Tat eine gesetzliche Regelung bei Arbeitertag der gewerkschaftlichen Arbeitnehmer und Angestellten in Vorberührung. Völlig unzutreffend ist es aber, daß dabei beobachtet wäre, den Achtfunderttag zu belassen. Uebrigens wird darauf hingewiesen, daß der Internationale Verband der Arbeit beim Wettbewerb auf seiner ersten Hauptversammlung in Washington 1919 den Entwurf für einen überkommenen zur Einführung des Achtfunderttages für gewerbliche Arbeitnehmer beschlossen und daß die Reichsregierung, da Deutschland Mitglied dieses Verbands ist, verpflichtet ist, diesen überkommenen Entwurf den gesetzgebenden Körperschaften alsbald vorzulegen.

Brüssel, 10. Oktober. Wie Deutze mittelt, hat das nationale Komitee der belgischen Gewerkschaften in einer Entscheidung die beobachtungsfreie Annahme des Achtfunderttages verlangt; ansonst werde zum allgemeinen Bushand geschritten.

## Briefkasten

R. H. Hainberger Str. 1. Ergibt die Erhebung eines Bußgeldes für den erhöhten Wasserzins läßt sich dann nichts einwenden, wenn der Wiede damit einverstanden ist. 2. Das Vollgebäude an der Käufersstraße ist nicht baulich, sondern wird von einem Verein unterhalten. 3. Die Kreise für sogenannte Bohnenkästen sind leider vielleicht so hoch, daß es sich nicht in ihrem Falle nicht dagegen tun lassen. 4. Eine einmalige Wirtschaftsbelebung wird natürlich nur einmal gemacht, daß ich nicht weiß, ob später abermal eine Beihilfe besonders bewilligt werden kann. 5. Auf Südschweden wird nicht berücksichtigt und in der Vorbereitung. 6. Auf Südschweden wird nicht berücksichtigt. Wer dazu nicht erscheint, hat damit zu rechnen, daß die Verjährung der Vergabe eintritt, bis zur Entscheidung bereitstehen. 7. Das sieht es an den erforderlichen Voraussetzungen, die in Deutschland ohne amerikanisches Einverständnis auch nicht geschaffen werden können.

R. H. Dresden 28. Ihre Anfragen können im Briefkasten nicht erörtert werden.

### 5. Klasse 177. Landeslotterie

4. Sitzungstag am 9. Oktober 1920

(Ohne Gewähr)

20000 M. auf Nr. 49148 bei Herrn Bassenge u. Schröder in Dresden.

10000 M. auf Nr. 52249 bei Herrn Richard Endelius in Burgstädt l. Sa.

5000 M. auf Nr. 18129 82058 89044 96269.

3000 M. auf Nr. 56588 0916 81272 28668 27588 81558 82454.

20817 89988 40488 48048 60181 68183 60284 71481 79821 78062.

78884 10274 108965 105643 114537 118607 118041 118700.

2006 M. auf Nr. 4467 11809 11888 17278 21389 21402 28620.

27890 28688 31627 39803 39981 44686 47284 48944 50708 54115.

61614 61602 61642 92508 61645 64876 64814 77124 81439 81488 88123.

</div

# Leben · Wissen · Kunst

## Der Schandfleck

Eine Vorgeschichte von Ludwig Anzengruber

"Hätt' mer ohnen können," sagte Seferl zu ihm, "was für ein Glück der Lenz bevorsteht, sie hätten wie sie auch auf unsern Ehrttag geladen, doch der Verstog wär' just rechtzeit wieder gut z'machen g'vest, durch ein freundlich Begegnen mit dem reichen Schwager, aber mit dem mußt du ja hinterher verhandeln und ihn von uns abreden. Es is ledig dein' Schuld, daß mer uns mit misskomen heit und nur nach dir verlangt."

"Allein aber," nahm Leopold die Rede auf, "das wirkt einschen, kann man dich nit gehn lassen; du bist alt und gebrechlich und der Weg is weit, wer weiß, was dir zustehen kann!"

"Und überhaupt," fuhr die Bäuerin doziwischen, "es zieht sic' gar nit, daß du dich an einem Tisch breit machst, an dem zu sitzen man uns für z' g'ring acht! S' amm'g hört' sein wir doch!"

Hoffentlich war die Besorgtheit des Sohnes ebenso aufrichtig wie der Verdruß der Schwiegertochter, indes ließ sich beides auch ganz gut vorstellen, um den Alten nicht fortzulassen, denn fürs erste sollte er denen zu Höhndorf nicht weis Gott was vorstellen, denn bei seinem fröhlichen Wesen vermerkte er gar nicht, wie unverblümt gut es ihm eigentlich erging, und fürs zweite war das die beste, schlaflame Gelegenheit, ihm einmal zu zeigen, wer Herr sei auf dem Reindorferhofe.

Er fügte sich und blieb, nun ja, zum Hofe gehörte er einmal und da durfte er es mit den jeweiligen Leuten darauf nicht verbergen, nicht anders wäre es, hätte er ihn verlaufen und sich sein Stüblein und den dürftigen Unterhalt ausbedungen; daß es aber nicht anders war, obgleich er ihn nicht verlaufen, sondern an seinen Sohn und dessen Weib übergeben hatte, daß schwerte ihn, und daß man ihm die größte der wenigen Freuden, die ihm noch zu erwarten standen, versagte, das verbitterte ihm die Seele.

An dem Tage, wo zu Höhndorf die Trauung stattfand, war der alte Reindorfer nach dem Garten gegangen und hatte von den Blumenbeeten einen mächtigen Strauß zusammengelesen, mit diesem saß er sich an den Tisch in der Laube und hielt ihn in den gefalteten Händen; als er dachte, es möchte um die Zeit sein, wo sie dort weit in der Ferne die Ringe wechseln, so legte er den "Büschen" leise und behutsam an die Stelle, wo Magdalene damals gesessen, als sie von ihm Abschied nahm.

Als aber die neue Reindorferin in den Garten kam und der Blumen ansichtig wurde, da stürzte sie herzu. "Jesus, was geschieht denn da mit meinen Blumen?" schrie sie.

"Es wird derwegen nicht aus sein," sagte der Alte, "einen Büschen hab' ich mir gebunden."

"Für wen denn, wohl nicht gar für dich selber?" fragte Seferl, und als er still schwieg, fuhr sie fort: "Meinst du, ich durchschau' dein kindlich Spiel nicht? Schnell einen Büschen für fremde Leut', die viele Meilen weit vom Ort sind, die haben keine Freud' davon und zur Stell' kann man sich nur darüber ärgern; tun die denn nicht selber die Blumenbeeten erbarmen? Und wenn auch nicht, so schlägt sich doch, daß du früher anfragst, was du darfst, es könnt' ja sein, daß mir gleich lieber wär', es frähen's die Kühe!" Damit nahm sie den Strauß und warf ihn über den Gartentisch, sie wartete nicht ab, was der Alte dazu sagen würde, sondern stürmte nach dem Hofe. Der alte Bauer strich mit zitternden Händen eilförmig über den Tisch, als wollte er ihn rein haben, dann blieb er in Gedanken sitzen, in den Augenwinkeln berührte er etwas Feuchtes, er drückte den Finger dagegen und wischte mit diesem über die Zade.

An drei Wochen waren seit diesem Morgen vergangen und die Veni hatte nichts mehr von sich hören lassen, das beklommerte den Greis; am Ende hat sie gar nicht gehörig, aber es trifft sich alles gleich für'n Anfang schlecht, dachte er, und sie meldet sich nun vor Scham und Herzleid nicht.

Dem alten Manne entging das Junächsitlegende, daß zwei Leute, die sich eben glücklich zusammenfanden, nur miteinander beschäftigt seien. Taucht auch ab und zu ein Erinnern an einen fernern Lieben auf, das ihn für einen Augenblick als Zeugen all' des Freuens, Treibens und Planens herbeiwünscht, so zieht dies still Gräßen und leise Wünschen wie ein freundlicher Traum durch die Seele, das Knittern eines Papierblattes scheut ihn fort, und in dem Hause der Glückslichen, mag es auch sonst sauber und blank gehalten sein, verstaubt das Lintenschuh und rostet die Feder. Der alte Reindorfer aber hätte der Grundlosigkeit seiner Befürchtungen gewiß sein können. Noch spät am Abend des Hochzeitstages wurde eine Postkarte auf dem Reindorferhofe abgegeben, der Bote händigte sie der Seferl ein, die er in der Küche traf. Die Bäuerin las die hingekritzten Zeilen: "Lieber Vater! Heut ist der Tag, du fehlst uns wohl sehr, weil du aber schon nicht kommen kannst, so grüßen wir dich recht schön und ich schreib' es dir schnell, doch wir eben zum Altar gehen. Magdalena. Kaspar Engert."

"Et geht's zum — wohin 'r wollt," schimpfte Seferl und warf das Blatt in das Herdfeuer.

Etwa acht Tage danach traf eine zweite Postkarte ein und siel auch der jungen Reindorferin in die Hände. Die neue Gräboden-Bäuerin schrieb, wie glücklich und zufrieden sie sei und weiteres — wie die Seferl meinte — "tat sie völlig wie verliebt in den Alten." Das wär' dem g'rad recht! Ins Feuer damit!

So wußte denn der arme Alte freilich um nichts und wurde von seltner Unruhe in Haus und Hof herumgetrieben und allen andern lästig, die sich aus seiner Sorge nicht das Geringste machen.

Gerade auf den Tag waren es drei Wochen, als er früh morgens in die Küche trat, um sein Frühstück anzuschmauchen. "Guten Morgen, Seferl, guten Morgen," sagte er.

"Guten Morgen," sagte sie.

"Gestern ist wieder der Briefbot' nicht gekommen, was da nur sein muß, — was da nur sein muß? Ihr tut mir doch nicht etwa die Brief' verstecken?"

Die Bäuerin zuckte verächtlich die Achsel.

"Ich hätt' halt doch nach Höhndorf hinfürher sollen, ja, aber der Leopold hätt' sich darum annehmen können, es is ja doch seine Schwester."

"Der Leopold?" lachte spöttisch die neue Reindorferin. "Den man nicht einmal geladen hat? Ich denk', der hat was Geschicktes zu tun, als unnötig Geld zu verschaffen! Ich Mitt' dich ja gerne ziehen lassen, die paar Tage hab' im

Haus hätten mir auch wohlgetan, aber darum hat es nicht sein dürfen, weil du uns verwöhnt, nur noch murrierer heimgekommen wärst; die paar Stunden Freundschaft, die denen dort leicht anfallen, hätten wir das ganze Jahr über entgegen müssen. Nein, nein. Was anders wär's, — aber da hätten sich die wohl, — wenn sie sich bei sich behalten möchten und wir würden dich für allezeit los; da könntest du heut noch gehen."

"Glaub's schon," sagte der Bauer und fuhr mit einem Kindheitslängen der Wand herunter. (Fortsetzung folgt.)

## Das Programm der Volkshochschule

Um sieben diese Einladung bezeichnend für Stimmen, die manche gegenüber der Volkshochschule beginnen. Deutliche Wünsche sind sehr begreiflich, solange es der Volkshochschule an einem festen Programm fehlt, das jedermann befreiten würde, was er von ihr zu erwarten hat und was nicht. Im einzelnen scheint uns der Einender bestimmte Stoßgebiete zu wichtig zu nehmen. Die eigentliche Ausgabe der Volkshochschule kann nicht sein „aktuelle“ Fragen zu behandeln, sondern durch systematische Lehrgänge eine gründliche Erziehung zum Denken, nützliche Vertrettheit mit größeren Gebieten zu erzielen. Das loderten Vorlesungsweisen sollte wohl lieber der eigentlichen Volkshochschule ferngehalten oder besonders organisiert werden. — Ob eine populäre Darstellung der Lehren Einstein's, und vor allem ihrer Bedeutung, schon möglich und an jedem beliebigen Ort möglich ist, kann man aus sachlichen Gründen beurteilen. Eine öffentliche, wissenschaftliche Behandlung der „gewöhnlichen“ Gebiete des Überglaubens aber wäre sicherlich erwünscht, fraglich ist nur, ob gerade die Volkshochschule oder ob nicht vielmehr eine breiterwirksame Organisation dazu berufen wäre. Sie berechtigt es das Begehr nach Weltliteratur; allzu enge Beschränkung auf das deutsche Schriftsteller ist keineswegs wünschenswert. Nachdrücklich unterstreichen müssen wir den Wunsch nach sozialwissenschaftlicher Volkshochschularbeit. Das neue Programm bringt übermäßig viel, manches überflüssige darunter, manches wohl nicht einmal für Unvorbildliche Geeignete; es könnte also viel wegfallen, und dafür hätte u. E. unbedingt viel mehr und viel Einbringlicheres über Wirtschafts-, Politische und Sozialwissenschaft in geeigneter Form geboten werden müssen.

Das neue Programm der Volkshochschule ist nun erschienen; und es wird seinem Namen, dem einer Volkshochschule, noch weniger gerecht als die früheren. Viele sind diesmal 88 Vorlesungen vorgesehen, also circa 20 mehr als im vergangenen Halbjahr; aber was die Breiteigkeit der Wissensgebiete betrifft, war das vorherige Programm ausgezehpter und besser. Ich will nicht sagen, daß die Zahl der Vorlesungen zu gering sei, aber unter den Themen vermissen ich vieles, was dringend der Behandlung durch die Volkshochschule bedarf. Die Volkshochschule ist zwar nicht dazu da, sich mit jeder neuen Sensation und Urtur zu beschäftigen, aber es gibt immer neue Gebiete, die, im Mittelpunkt des geistigen Lebens stehend, dem Volke von niemand anders als von seiner Volkshochschule überlegt, objektiv beleuchtet und wissenschaftlich oder literarisch oder geschichtlich um, für sich zu seiner Verwertung nutzbar gemacht werden können. Es sei mir erlaubt, einiges aufzuzählen.

Eine neue Gesellschaftsleitung auf dem Gebiete der Kunst ist der sogenannte „Expressionismus“. Der Mann aus dem Volle kennt davon wenig mehr als den Namen, vielleicht kann er sich auch auf ein paar, seiner Meinung nach verlassene Bilder einstimmen, und wenn er ein gutes Gedächtnis hat, erinnert er sich noch der Ausstellung der Dadaisten. Über das Welen und die Tendenzen des Expressionismus weiß er nichts oder nur etwas Falsches. Dieses Gebiet von objektiven und verständigen Beurteilern im Rahmen der Volkshochschule zu behandeln, wäre nicht nur erwünscht, sondern ist direkt notwendig.

Das Einsteinische Relativitätssystem ist nicht nur ein Projekt, sondern bis zum gewissen Grade ein Datum, für dessen Überlegung oder Vertheidigung die bedeutendsten Wissenschaftler viel Zeit, Energie und Worte verbrauchen. Was weiß der Mann aus dem Volle von Einsteins Theorie? Was weiß er höchstens unter dem Wort „Relativitätstheorie“ vorzustellen? Nun, ich nichts! Wir wissen höchstens, daß Albert Einstein einer der größten deutschen Gelehrten ist oder sein soll, daß er jüdischer Abstammung ist und deswegen auf eine ganz gemeinsame Art und Weise von gewissen Seiten angepöbelt wird. So daß er sich schon mit der Ablicht herumträgt, Deutschland zu verlassen. Wäre es nicht auch Aufgabe der Volkshochschule, Einstein, Keppler, Kopernikus usw. in einer Vorlesungsreihe zu behandeln?

Das Wissensgrößte Feind ist der Glaube. Dieser und der

Überglauben sind nur verschiedene Erscheinungen desselben Grundes, nämlich des Nichtwissens (sog. der Unwissenheit), gepaart mit dem Scheinen oder Wünschen. Und zu allen Zeiten war es schon so, daß ein Narr mehr Hörer findet als sieben Weise. Es gibt trotz unzähliger sohn geistigen Bildung (wenigstens gegenüber früheren Zeiten) noch viele Wissensgebiete, die des Geheimnisvolles nicht entdecken, und je weniger sie bekannt sind, desto geheimnisvoller. Ja selbst übernatürlicher erscheinen sie dem Volen. Hypnose, Suggestion und dergl. sind etwas, mit deren Namen viel Missbrauch getrieben wird. Hypnose ist nun zwar Sach, ich glaube, der Arzte, und die Volkshochschule sollte nicht etwa, wie man mich irrtümlich verlesen könnte, ihre Mitglieder zu Hypnotiseuren heransetzen. Über einige Vorlesungen über das Leben, die Gefahren, die Anwendung der Hypnose, über magere und falsche Hypnose, über Verhältnisse des Missbrauchs der Hypnose um, um, das durfte auch eine segensreiche Aufgabe der Volkshochschule sein.

Die sogenannten Halbwissenschaften: Astrologie, Magie, alle möglichen schwarzen Künste, vielleicht auch die Okkultologie, sind Gebiete, mit deren wissenschaftlicher Behandlung die Volkshochschule am besten die Unwissenheit und die aus dem Überglauen entstehenden Ungläubigkeiten und Verbrechen bekämpfen kann.

Doch die Volkshochschule auch berufen ist, um näher mit dem politischen und parteipolitischen Gelehrten und seinen Ursachen bekannt zu machen, will ich nicht gerade behaupten. Aber sonst ist es, ohne ihre parteipolitische Neutralität aufzugeben, so soll es es tun. Wünschenswert wäre die Behandlung folgender Themen: Die politischen Parteien der Gegenwart und ihre Gefahren; kommunistische Gefahren in alter und neuer Zeit (Ukrainen, Polen, Robbach, Thomas Müntzer, Gracchus Babeuf, Wilhelm Weitling usw. bis Lenin); der Nationalismus und seine Erziehungsformen, u. dgl. Ob es auch im Rahmen der Volkshochschule möglich ist, die einzigenen Wirtschaftstheoretiker, Marx, Rothko usw., zu behandeln, will ich auch nicht bestimmt behaupten, aber wünschenswert wäre es entschieden. Ich glaube, das Wirtschaftsproblem ist für Deutschlands Bedeutung das schwerwiegendste, und es ist erstaunlich, was auf diesem Gebiet den breiten Massen für Unkenntnis herrscht und wieviel Studien durch diese Unkenntnis tatsächlich entstehen. Es müßte der Volkshochschule möglich gemacht werden, sich ausgiebig mit wirtschaftlichen Dingen und dito Problemen zu beschäftigen.

Ärgerlich kommen im neuen Programm auch unsre vornehmesten Dichter und Märtyrer weg. Sie werden nämlich gar nicht behandelt. Ich glaube ja nicht, daß berühmte Regelhafte Lebewerke,

dadurch etwa vermieden werden. Und was gestern in Homburg in dieser Form geschah, gleichzeitig morgen andernorts in anderer Form. Aber wir sind es unsern großen Dichtern in solchen Räumen schuldig, gewissermaßen eine Ehrenrettung vorgenommen, obwohl jene immer nur das Heine-Denkmal, nicht aber unsern Heine-Schänden können. Es muß zwar angeben, daß in einer Vorlesungsreihe Heine nicht behandelt wird, aber nur als Romanzen- und Balladenbücher, nicht aber der ganze Heine, der als Junger und Satiriker Weltweit bestellt ist. Allerdings freilich, freilich, freilich, wenn sie sich in unserer Zeit doppelt interessant sind, werden leider gar nicht behandelt. Ob ferner Barbel, Brüder, Blaibach, Schumann usw. schon der Handlung durch eine Arbeitsgemeinschaft oder vergleichbar fähig sind und ob es angebracht wäre, weiß ich nicht.

## Vortrag

Am der Vigil zum Schutz der deutschen Kultur steht ein Herr d. Platz einen äußerst schrecklichen Vortrag über den Nationalismus in Centralasien. Durch den Krieg hat England seine wirtschaftlichen Reize, die Konkurrenz Deutschlands weiter zuverloren, erreicht, doch hat es den Nationalismus gegen sich lebendig gemacht, der nun die Herrschaft Englands in Westen, einschließlich Indiens, bedroht. Er hat das unmöglich Scheinende erreicht, die eingeborenen Indianer: Kreider und Krieger, Schäfer und Nomaden, zum Kampf gegen England zu vereinigen. Im Mittelosten und einem Teil von Persien hat England Herrschaft und Einfluß bereits verloren, und es ist nur eine Krise der Zeit, daß die gesamte moslemische Welt sich gegen England erhebt. Ausgerottet durch den israelitischen einflussreichen Moslem, der sich in Westen und Südsibirien ausgedehnt, und politisch als wirtschaftlich-kommunistisch gilt, nicht nur mit dem ältesten zaristischen Mitteln, sondern auch durch seine "Vigil zum Schutz des Orients" mit hochsinnlichen, herren von Sultanzonen und unendlichen Druckmassen arbeitet. In Enders "Vorlesungen" hat sich auch ein moslemischer Herrscher gefunden, der ebenfalls die gleichen Ziele fördert und zu dem der Orient allgemeines Vertrauen hat. Die weltliche Entwicklung der Dinge darf mit großer Spannung verfolgt werden. — Eine große Anzahl Abbildungen illustriert den ethnologischen Teil des Vorgetragenen.

## Konzert

Gustav Mahlers 9. Sinfonie wurde am Sonnabend nachmittag in der Frauenkirche zum vierten und letzten Male — die männlichen, das heißt die Volks-Sing-Akademie noch eine Wiederholung in den gleichen volkstümlichen Preisen zu geben, möglicherweise — aufgeführt. An der Spitze der vielen hundert Ausführenden stand diesmal Dr. Heinrich Knöll, der zweite und bereits außerordentlich beliebte Dirigent der Volks-Sing-Akademie, der das Werk mit einfühlsamer Leidenschaft und Leidenschaftlichkeit durchführte. Wie sehr er innerlich sich in das Werk hineingelebt hatte, und daß er in hohem Maße die Fähigkeit besitzt, große Massen zusammenzuhalten, um gleichzeitig und fortwährend, zeigte sich an dem Schwung und temperamentvollen Gesamtindruck, den die Wiederholung machte. Neben diesem gewann durch sein sehr prägnantes Herausarbeiten der satiristischen Morale die Überzeugungsfähigkeit und leichtere Verständlichkeit des kompositorischen Gewebes. Außerdem mag hierzu auch die umfassendere klangliche Kenntnis des Werkes durch wiederholtes Hören beigetragen haben.

## Dresdner Kalender

Theater am 12. Oktober. Opernhaus: Amalia (7). — Schauspielhaus: Wallenstein's Lager; Die Piccolomini (7). — Albert-Theater: Schwanensee (7%). — Central-Theater: Das Hollandweibchen (7). — Residenz-Theater: Der Obersteiger (7).

Konzertkalender. Die Ausgabe der Neu-Wissenschafts-Blätter nachmittleren acht großen Philharmonischen Konzerten an die bisherigen Abonnenten gegen Rückgabe des vorjährigen Abonnementes beginnt von heute Montag bis 9. bis 12. November, 13. Dezember, 14. Januar, 1. und 15. März. Orchester: Dresden Philharmonisches Orchester, groß 100 Philharmonische Leitung: Edwin Lindner. Mitwirkende Solisten u. a. Sigrid Onegin, Vera Schapira, Paul Binder, Moritz Rosenthal, Karl Hirsch, Dr. Ludwig Wallner, Willi Durmester. Veränderungen vorbehalten. Das erste Konzert findet also Dienstag den 26. Oktober statt. — Heute Montag, 7½ Uhr, im Dienstgarten: Rechte Klavier (Waldemar-Udo) — Aberg und Walter Nehberg. — Dienstag Mittwoch, 7 Uhr, im Palmenparc: Wiederabend des dänischen Tenors Paul Nielsen (Ratna, Wolf, Strauss). Am Klavier: Helga Mann — Rücken Sonnabend, 7½ Uhr, im Vereinshaus: Sächsischer Abend des Volksliedorchesters. Abteilung für sächsische Volksmusik. Leitung: Musikkdirektor Oberlehrer Bernhard Schneider. — Sonntag den 17. Oktober, 7 Uhr, im Künstlerhaus: Konzert von Professor Alexander Petzschlöff (Violin). Mitwirkung: Dr. Viktor Ernst Wolff (Klarinet).

Börsche über Steinach. Wilhelm Börsche hält am 30. Oktober im Vereinshaus einen Vortrag über Alter, Tod und Verjüngung in der Natur mit Rücksicht auf die Lehre von Professor Steinach. Kosten bei F. Ries, Seestraße 21, und C. Reinke, Hauptstraße 2.

Reine Bereinigung für Kunst. Mit Rücksicht auf die bemerkbare im Staatstheater stattfindende Uraufführung des neuen Schauspiels Jenseits, von Walter Halenckewitz, wurde das Programm im Einverständnis mit dem Autor dahin geändert, daß statt dem Vortrag von Jenseits, von Walter Halenckewitz, die Uraufführung für sächsische Volksmusik. Leitung: Musikkdirektor Oberlehrer Bernhard Schneider. — Sonntag den 17. Oktober, 7 Uhr, im Künstlerhaus: Konzert von Professor Alexander Petzschlöff (Violin). Mitwirkung: Dr. Viktor Ernst Wolff (Klarinet).

Börsche über Steinach. Wilhelm Börsche hält am 30. Oktober im Vereinshaus einen Vortrag über Alter, Tod und Verjüngung in der Natur mit Rücksicht auf die Lehre von Professor Steinach. Kosten bei F. Ries, Seestraße 21, und C. Reinke, Hauptstraße 2.

Reine Bereinigung für Kunst. Mit Rücksicht auf die bemerkbare im Staatstheater stattfindende Uraufführung des neuen Schauspiels Jenseits, von Walter Halenckewitz, wurde das Programm im Einverständnis mit dem Autor dahin geändert, daß statt dem Vortrag von Jenseits, von Walter Halenckewitz, die Uraufführung für sächsische Volksmusik. Leitung: Musikkdirektor Oberlehrer Bernhard Schneider. — Sonntag den 17. Oktober, 7 Uhr, im Künstlerhaus: Konzert von Professor Alexander Petzschlöff (Violin). Mitwirkung: Dr. Viktor Ernst Wolff (Klarinet).

Gemäldegalerie. Die moderne Abteilung der Gemäldegalerie im Zwinger bleibt von Montag den 11. Oktober an bis auf weiteres wegen Restaurierungsarbeiten geschlossen.

Aleine Mitteilungen

Rundfunk in Rosslau. Rundfunk, der früher in Rundfunk lebende russische Dichter, der Begründer der abstrakten Malerei, ist jetzt Vorleser einer Sektion im Sowjetkommissariat für Rundfunkbildung der Russischen Republik. Da hat ihn Wilhelm Herzog, wie er in seinem russischen Tagebuch im "Forum" erzählt, in Rosslau erfuhr. Er legte sehr über die Art des Lebens. Sein Gehalt beträgt monatlich 4500 Rubel. Daraus könnte man nicht leben. Es reicht etwa für 2-3 Tage. Seine Schüler hätten vorher Winter buchstäblich gekämpft und gestorben. Auch jetzt ist das Leben, obwohl ein wenig besser geworden, noch sehr schwer. Verlauf von Kleidungsstücken ist jedoch streng verboten und werde bestraft. Für ein Bild bekommt er 20 000 Rubel. Das ist angehoben der Gebührenmitteleinsatz — ein Hundert Prozent 500 Rubel, 1 Hundert Sols 1300 Rubel 1 Pfund Kartoffeln 200 Rubel — so gut wie nichts